

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 11. September 1930
12. Jahrgang. Nummer 211

Wahl KPD
Bist für den Wahlfonds

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 40, Tel. 500 20.
Verwaltung: Breslau 44, W.-Wallstr. 10, Tel. 239 02.
Druck: Breslau 10, Kreuzstr. 40, Tel. 500 20.

Das Programm der KPD. — das Programm der werktätigen Massen

Hochstut sozialdemokratischer Verleumdungen — Der „linke“ SPD.-Reichstagskandidat Ziegler über den Banterott der Koalitionspolitik — Baugewerkschaften vor dem Diktaturkanzler Brüning

Seit einer Woche überschlägt sich die sozialdemokratische Presse in Schlesien wie andernwärts in Hebe gegen die kommunistische Partei. Kommunisten sind halbe Nazis, „Tägliche Rohheiten der Nazis und Nazis“, „Bündnis der Kommunisten und Nationalsozialisten“, „Gemeinsame Versammlungen der Nazis und Nazis“, „Das Bündnis wird offiziell bekräftigt“, so schreien „Volkswacht“, „Bergwacht“, „Proletarier“, „Volkswacht“ im Chor. In der Sonnabendnummer erreicht die „Volkswacht“ den Gipfel.

Man höre und staune! Die Sozialdemokratische Partei besitzt die eiserne Stirn, den kommunistischen „Nationalismus“ und „schmutzigsten Opportunismus“ vorzuwerfen. Den „Nationalismus“ hat die Sozialdemokratie in der Programmklärung der kommunistischen Partei zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes entdeckt, die wie eine Bombe im Lager der Bourgeoisie eingeschlagen hat, und den nationalsozialistischen Agenten, welche die Massen mit ihren verlogenen nationalen und antisemitischen Phrasen ködern, den Wind aus den Segeln nimmt. „Schmutzigsten Opportunismus“ nennt es die SPD., weil die kommunistische Partei, getreu ihrer seit 1919 gegenüber dem Versaillescher Schandvertrag eingenommenen Stellung, die untrennbare Verbundenheit der sozialen und nationalen Befreiung proklamiert. Wir begreifen durchaus, wie verurteilt unangenehm der Sozialdemokratie die Tatsache ist, daß die Programmklärung im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht, und ein Echo weit über die Arbeitererschaft hinaus bis in die Kreise der bisher unter nationalsozialistischem Einfluß stehenden Bevölkerungsschichten der Angestellten, Beamten und der Kreise des berufenen „Mittelstandes“ gefunden hat.

Das Urteil darüber, wer „schmutzigen Opportunismus“ und „Nationalismus“ treibt, überlassen wir getrost dem Urteil der nicht an politischer Gedächtnisschwäche leidenden deutschen Arbeitererschaft. Die deutsche Arbeitererschaft wird sich daran erinnern, wie schmutzigster Opportunismus und kleinbürgerlicher Nationalismus der Sozialdemokratie am 4. August die Parole: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, in die Parole: „Proletarier aller Länder mordet euch“ und in den Satz: Wir lassen in der Stunde der Not das kapitalistische Vaterland nicht im Stich, verwandelt hat. Sie hat nicht vergessen, daß „Volkswacht“ und „Bergwacht“, „Proletarier“ usw. Karl Liebknecht, als er die Kriegskredite verweigerte, als einen Herostraten, als einen von Gefallsucht und Eitelkeit geleiteten Gernegroß beschimpfte. Die Klassenbewußte deutsche Arbeitererschaft weiß, daß die Politik des 4. August auch heute noch die Politik der SPD. und aller

Freigewerkschafter für KPD.-Wahlfonds! Gewerkschaftskartell Peisterwitz und Bauarbeiter Gottesberg bewilligen 250 Mark

Eine Sitzung des Ortskartells Peisterwitz, welches auf Betreiben der Bonzen zerfallen werden sollte, weil seinerzeit teilweise die Kosten für einen Delegierten zum Oppositionslongrenk getragen wurden, beschloß am 7. September einstimmig, das Kartell am Orte zu belassen, und bewilligte für den Wahlfonds der KPD. 50 Mark.

In Gottesberg beschloß eine Bauarbeiterversammlung mit Mehrheit, auf Antrag unseres Genossen Jochemann dem Wahlfonds der KPD. 200 Mark zu bewilligen als Antwort auf den Millionenraub des ADGB. für die SPD. Vom Kartell wurde darauf gedroht, den Beschluß nicht durchzuführen.

anderen Parteien der 2. Internationale. H. Machanab, der Schlächter der arabischen und indischen rebellierenden Kolonialsklaven, Boncour, der Vater der französischen Wehrordnung, die im Falle des Krieges die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung in den Dienst des imperialistischen Krieges stellt, Wandervogel, der ehemalige königliche Minister und Mitunterzeichner des Versaillescher Schandvertrages, sie sind die Repräsentanten der 2. Internationale. Die Politik der SPD. ist die Politik der deutschen Bourgeoisie, sie ist korrupt, banterott und sie ist ausweglos. Welchen Weg empfiehlt die Partei des Sozialfaschismus heute der deutschen Arbeitererschaft. Der „linke“ sozialdemokratische Breslauer Reichstagskandidat Hans Ziegler schreibt gestern in der „Volkswacht“:

„Wenn die große Volksmehrheit zu der Erkenntnis gelangt ist, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn Unrecht, Not und Elend beseitigt werden sollen, dann muß die Erkenntnis in einem sozialdemokratischen Wahlsieg... Also, wenn die große Volksmehrheit (90 Prozent, Hans Ziegler) sozialdemokratisch wählt, dann wird, nach der „linken sozialistischen“ Erkenntnis, der Kapitalismus überwunden werden und der Sozialismus kommen. Also Sozialismus nicht durch revolutionären Kampf, nicht durch Errichtung der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für Beseitigung der Klassenherrschaft, sondern Sozialismus durch Abstimmung im Parlament des Reichstages. Marx und Engels haben dem internationalen Proletariat gelehrt, daß zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine Uebergangsperiode der revolutionären Verwandlung der einen in die andere liegt, und daß diese Uebergangsperiode die Diktatur des Proletariats ist. Der „radikale“ Ziegler aber braucht keine Diktatur des Proletariats, er wartet mit gefalteten Händen, bis die Sozial-

demokratie 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen der Wähler zum Deutschen Reichstag erhält. Herr Ziegler vertritt auch, indem er durch Abstimmung herbeizuführende Sozialismus in Deutschland noch nicht eingeführt ist. Er beschwört die Wähler und Wählerinnen:

„Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokratie jemals sozialistische Politik betreiben konnte, sie stand in den Parlamenten immer einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber, die von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten dann einig zusammenstanden, wenn es galt, gegen die Arbeitererschaft ihre Interessen und ihre Rechte zu verteidigen.“

Gegenüber dieser lendenlahmen Argumentation und Beschönigung des Banterotts sozialdemokratischer Politik erinnern wir die Arbeiter und Arbeiterinnen daran, daß die Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten 1918, nach Ausschneiden der Unabhängigen, die Alleinherrschaft hatten. Es ist eine bewußte Lüge und eine Irreführung der Massen der werktätigen Wähler und Wählerinnen, wenn Ziegler behauptet, daß die Sozialdemokratie infolge des Vetos des Bürgertums an der Durchführung ihrer Politik verhindert worden wäre. Die Sozialdemokratie hat, das wissen alle Werktätigen, in engster Gemeinschaft mit allen anderen Fraktionen des Bürgertums an dem Wiederaufbau, der Festigung, Erhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft gearbeitet. Sie ist die zuverlässigste Stütze der Bourgeoisie, sie hat den Widerstand der revolutionären Arbeitererschaft durch die von monarchistischen Offizieren geführten Freiwilligenverbänden im Blute erstickt.

Auf das verlogene Gerede von der „verhinderten sozialistischen Politik“, auf das neckische Fragespiel, das sich zwischen Rudi Breitscheid und Braun einerseits und dem Diktaturkanzler Brüning andererseits in den Spalten der „Volkswacht“ abspielte, auf das lägliche Gewinnsel der aus der Koalition herausgeprägellen Sakaien um Wiederaufnahme in die Regierung, auf die jämmerliche Unweglosigkeit sozialdemokratischer Politik kann die Antwort der Werktätigen nur lauten: Kampf unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Unterneuroffensive, gegen die Massenverwilderung durch die Young-Regierung, Kampf gegen den Young-Plan, Kampf für den Sturz des Kapitalismus und die Zerschlagung der Young-Jeseln. Kein anderer Weg führt aus dem Elend, als der, den die kommunistische Partei in ihrer Programmklärung den Massen zeigt, und der in Stadt und Land in überfüllten Versammlungen die jubelnde Zustimmung der Werktätigen findet:

Nationalisierung der Betriebe, deren Schöte durch das enge wirtschaftliche und politische Bündnis zwischen Sowjetdeutschland und der USA. rauchen werden, proletarische Nationalisierung aller Privatbanken, Annullierung der Staatsschulden an die einheimischen Kapitalisten, die dem Treiben der Bankmagnaten ein Ende bereiten wird,

Nationalisierung des Großhandels, Enteignung der großen Grundbesitzer, Einquartierung der armen künftigen Bevölkerung in die Häuser der Reichen,

Abhängigkeit der Herrschaft der Großgrundbesitzer, Übergabe des Grund und Bodens an die landarmen Bauern, Schaffung von Sowjetwirtschaften,
das ist das wahre Programm zur Rettung der Werktätigen. Für Erreichung dieses Programms alle Kräfte einzusetzen, die kapitalistische Anarchie zu beseitigen durch Errichtung der Diktatur des Proletariats eines sozialistischen Deutschlands, das gelobten die Werktätigen in Stadt und Land, indem sie am 14. September für die Liste 4, die kommunistische Partei, stimmen.

Porzellanarbeiter, eure Lösung: Angreifen!

Beantwortet den Unternehmerangriff mit der Gegenoffensive — Wählt Liste 4

Wir veröffentlichen heute auf einer Sonderseite Berichte unserer Arbeiterkorrespondenten aus den größten Porzellanbetrieben in Schlesien. Lohnabbau, Verdrängung der Männerarbeit durch Frauen- und Mädchenarbeit, Entlassungen, Kurzarbeit — das ist die Generallinie des Unternehmerangriffs. Bekanntlich ist der Tarif von den Unternehmern zum 30. September mit dem Ziele eines Lohnabbaues um 10 Prozent

Die Maßnahmen der Regierung und Kommunen auf steuerlichem und sozialpolitischem Gebiet haben eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiter zur Folge gehabt. Nun soll dazu noch ein Lohnabbau von 10 Prozent treten. Was hierher und nicht weiter — muß die Antwort der Arbeitererschaft sein. Nicht Lohnabbau und nicht Beibehaltung der bisherigen Löhne ist das Ziel, für das die Porzellanarbeiter den Kampf organisieren müssen, sondern Lohnerrhöhung! Der Führer in diesem Kampf kann nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sein. Der Kampf muß gegen den Willen der offiziellen Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten organisiert werden, und zwar unter Leitung von

Kampfausschüssen, die in allen Betrieben gewählt werden und aus den energischsten Kollegen und Kolleginnen zusammengesetzt sein müssen.

Die Sozialdemokratie setzt sich zum Ziele die „Ankurbelung der deutschen Wirtschaft“. Das ist gleichbedeutend mit Lohnabbau. Die kommunistische Partei fordert die Arbeiter auf, den Kampf für Lohnerrhöhung zu organisieren. Am 14. September bringt durch Abgabe einer Stimme für die Liste 4 zum Ausdruck, daß ihr bereit sei, den Kampf gegen Lohnabbau und für Lohnerrhöhung aufzunehmen.

Auf dem Monde oder in der Wirklichkeit

Wiederum zwanzig Parteien und „Partei“ gehen zur Reichstagswahl. Doch stehen nicht vierundzwanzig gesonderte Interessen gegeneinander. Die Fronten sind klar. Es sind deren zwei: Kapital und Arbeit. Es kämpft Klasse gegen Klasse; die Klasse der Ausgebeuteten gegen die Klasse der Ausbeuter.

In diesem Kampf, bei dieser Scheidung der Fronten, hat die kommunistische Partei Deutschlands, als die Führerin der Ausgebeuteten Deutschlands, ihre Programmklärung veröffentlicht, die nur einen Teil des Gesamtprogramms des revolutionären Internationalismus, des Marxismus-Leninismus bildet.

Diese Proklamtion des ZK. der KPD. wirkt auf die „ruhigen Gemüter“ wie ein Donnererschlag aus hellem Himmel. Von den vierundzwanzig Parteien, die zur Wahl gehen, konnte nur eine einzige vor den Millionen Ausgebeuteten, vor der ganzen werktätigen Bevölkerung mit einer Programmklärung auftreten.

Hat denn dieses Programm etwas Neues verkündet? Keineswegs! Ist es vielmehr nicht bloß ein Teil des Programms des revolutionären Internationalismus, der kommunistischen Internationale? Ja! Das wissen die Gegner ebensogut. Die Stärke dieser Programmklärung liegt aber in ihrer „kapitaren Einfachheit“, wie die „Kölnische Zeitung“ vom 25. August sie trefflich bezeichnet, liegt darin, daß sie klar den Weg zur Befreiung der Millionen Ausgebeuteten und Hungernden aufzeigt.

„Zu keiner Zeit hat der Tiefstand der Wirtschaft, die ungeheuer große Arbeitslosigkeit, die Bedeutung erlangt, wie gegenwärtig. Können wir diese Wirtschaftskrise nicht beheben, die heute jeden einzelnen bedroht, die jeden vor die bange Frage stellt, wann wirst du aus deiner Stellung, aus dem Betriebe hinausgeworfen und das Heer der Arbeitslosen vermehren — dann gehen wir trüben Zeiten entgegen.“

Das ist die Feststellung Robert Schmidts, des langjährigen sozialdemokratischen Reichsministers, eines Mannes, der einen großen Teil der Schuld trägt an dem Elend der Millionen Werktätigen in Deutschland.

Diese Feststellung ist heute das „Leitmotiv“ der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse des In- und Auslandes. Wirtschaftskrise in Amerika, Finanzkrise der größten Banken, neun Millionen Arbeitslose — im Dollarland; Krise in Europa, Sinken der Produktion, 10 Millionen Erwerbslose. Mit Frauen und Kindern gerechnet — eine große Nation von 50 Millionen Hungernden im kapitalistischen Europa allein. Die Zahl wächst noch weiter. Das ist die Feststellung der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse selbst.

Aber sie können nur „feststellen“. Sie können nur von den „traurigen Verhältnissen“ sprechen — sind aber nicht in der Lage, den Millionen Erwerbslosen zu sagen, wie sie Arbeit bekommen können; sie sind nicht imstande, den Hungernden zu sagen, wie sie satt werden sollen.

Die Programmklärung des ZK. der KPD. hat es gesagt. Sie hat den Millionen Erwerbslosen, sie hat den Hungernden Deutschlands gesagt, wie sie Arbeit bekommen, wie sie satt werden sollen.

Die Proklamtion des Zentralkomitees der KPD. liegt eben in ihrer Realität.

Gestützt auf eine dreißnjährige Erfahrung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, gestützt auf den ungeheuren Erfolg des sozialistischen Aufbaues im ersten Arbeiterstaat, der ein Sechstel der Welt umfaßt, gestützt auf die Befreiung der Nationen, die die siegreiche proletarische Revolution in der Sowjetunion durchführte — konnte das ZK. der KPD. in einer kurzen Proklamtion den Werktätigen Deutschlands zeigen, wie und auf welchem Wege die Befreiung aus dem Elend durchzuführen ist.

Die KPD. hat keine „Wahlversprechungen“ gemacht. Jeder Punkt der Programmklärung, die die „entscheidenden Richtlinien“ für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt, ist in der Sowjetunion bereits zur Wirklichkeit geworden!

„Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt.“

Ist dieser Punkt der Programmklärung in der Sowjetunion bereits verwirklicht oder nicht? Ist das Tatsache oder nicht?

„Wir erklären... daß wir im Falle unserer Machtergreifung... keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanleihen in Deutschland leisten werden.“

Hat die siegreiche proletarische Revolution in der Sowjetunion die Schulden der Zarenregierung und der Kapitalisten an das Ausland annulliert oder nicht? Ist das Wirklichkeit oder ein Programm für den Mond?

„Wir werden den zur Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen bestimmten Machtapparat zerschlagen.“

Waren das nicht die ersten Maßnahmen der siegreichen proletarischen Revolution von 1917?

„Wir werden die proletarische Nationalisierung der Großindustrie, des Großgrundbesitzes, der Banken, des Großhandels, des Verkehrswezens usw. durchführen. Mit eisernem proletarischen Befehl werden wir alle Schmarozker hinwegjagen.“

Hat das die proletarische Revolution in der Sowjetunion verwirklicht oder nicht?

Durch die Einführung des Siebenstundentages und der vierstündigen Arbeitswoche werden wir die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen.“

Trifft auch das nicht bereits ganz für die Sowjetunion zu? Sind nicht bereits mehr als zwei Drittel aller Arbeiter zum Siebenstundentag übergegangen? Hat nicht bereits die große Mehrheit der Arbeitenden die Fünftageswoche, d. h. vier Tage Arbeit und einen Tag Ruhe? Ist nicht die Zahl der Erwerbslosen in der Sowjetunion im letzten Jahre allein um 80 Prozent heruntergegangen? Herrscht nicht ein Mangel an qualifizierten Arbeitern?

„Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite abschaffen.“

Ist nicht der Lohn in der Sowjetunion im Vergleich mit der Vorkriegszeit durchschnittlich um mehr als 50 Prozent gestiegen?

Naziführer als bezahlter Polizeispindel

Für 200 Mark monatlich verrät der Bochumer Nazi-Geschäftsführer der Polizei „jeden Dreck“ aus der NSDAP.

Dortmund, 9. September. Im Lager der Nationalsozialisten des rheinisch-westfälischen Gebietes ist ein einzig dastehender Fall von politischer Verleumdung aufgezeichnet worden. Der Geschäftsführer der NSDAP. von Bochum, Budgeret, stand bis zu seinem Tode, den er vor kurzer Zeit durch ein Selbstmordverbrechen der Bochumer Nazis erlitt, in den Diensten der Polizei als bezahlter Spindel. 200 Mark Monatsgehalt erhielt er für seine Spindelarbeit neben seinem Monatsgehalt als Geschäftsführer der Partei.

Erst durch den Tod dieses Naziführers kam die ganze Sache ans Tageslicht. Über trotzdem die übrigen Naziführer im Bilde waren, ließen sie doch unter Würdiger Beteiligung der Partei die Leiche Budgerets in allen Ehren begraben. Sie fürchteten, daß eine Revolte ausbrechen würde, wenn die Kenntnis dieser ungeheuerlichen Tatsache an die einfachen Nazi-Proleten kommt.

Erst nach dem Begräbnis erfuhren die Nazi-Proleten aus anderer Quelle nähere Einzelheiten über die Person Budgerets. Die Proleten revoltierten jetzt tatsächlich und verlangten Abjehung einer Reihe von Führern, besonders auch des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Wagner-Bochum. Diesem wird von seinen eigenen Parteigenossen vorgeworfen, daß er seine führende Position nur dazu ausnütze, um für seine eigene Tasche zu arbeiten.

Auf die Zustände innerhalb der NSDAP. wirft ein Bericht eines Dortmunder bürgerlichen Blattes ein bezeichnendes Licht. Das Blatt zitiert die Aussage eines rheinischen hohen Polizeibeamten in einer Konferenz mit den Vertretern des Preussischen Innenministeriums:

„Es ist ungläublich, wie korrupt diese nationalsozialistische Geschäftsleute sind. Unsere Agenten innerhalb der NSDAP. unter-

richten uns über jede Bewegung, über jeden „Dreck“ innerhalb der Partei. Vor wenigen Wochen wurde mir telefonisch über den Verlauf einer Besprechung zwischen einigen Führern der Nationalsozialisten noch während der Sitzung berichtet. Für 20 Mark werden wir prompt und zuverlässig bedient.“

Diese Vorfälle, die denselben Charakter tragen, wie diejenigen, die auch in Berlin und anderen Teilen des Reiches die Grundlage für die Revolte der Nazi-Proleten gegen die korrupten Führer bildeten, sind typisch für den Charakter dieser gekauften Landsknechtspartei.

In den Reihen der NSDAP. gibt es nicht nur irreguläre Proleten. Von der Spitze bis zum untersten SA-Mann herunter gibt es nicht wenige, die für Geld alles zu tun bereit sind. Auch Mord und Totschlag, je nach der Zahlungsfähigkeit der Auftraggeber. Es ist kein Zufall, daß die Revolte der Berliner Nazis sich kristallisierte in der Forderung der Erhöhung ihres Mordlohnes.

Bewußt appellieren die Führer immer wieder an die niedrigsten Instanzen der Mitgliedschaft, gehen sie auf gegen proletarische Kämpfer und streichen dafür den Rahm der von den Unternehmern einlaufenden Schmiergelder ein.

Jedem Arbeiter die Augen zu öffnen über den Charakter der Partei ist eine der dringendsten Aufgaben. Die irregulären Proleten müssen überzeugt werden. Die schändlichen Mörder und Landsknechte aber aus den Arbeiterkreisen ausgeräubert werden.

Kein Arbeiter darf darüber im unklaren gelassen werden, daß seine Stimme für die NSDAP. eine Unterstützung für die mörderische und korrupte Unternehmerngarde bedeutet. Eine Stimme für die KPD. ist ein Bekenntnis zum Kampf gegen den Faschismus.

Achtung! „Flugblattfloskeln!“

Das sozialdemokratische Wahlprogramm zur Überwindung der Krise — Alle Versprechungen haben sie schon tausendmal gebrochen

Unter der Überschrift „Kampf der Krise“ veröffentlicht die SPD-Presse „Sozialdemokratische Vorschläge zur Beseitigung des Massenelends“.

Was sie versprechen:

„Erhaltung und Erhöhung der Massenkraft, dazu gehört der Abbau überhöhter Preise und die Abwehr aller Angriffe auf die Löhne, sowie auf die Arbeitslosen- und Sozialversicherung.“

„Umfassende Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden, Beseitigung aller Hemmnisse für die Aufnahme von Auslandskapital für die öffentlichen Körperschaften.“

„Förderung der Absatzmöglichkeiten am Weltmarkt. Daher Abbau der Zölle und beschleunigter Ausbau des Handelsvertragsystems.“

„Verbot der Überstundenarbeit bei herrschender Arbeitslosigkeit. Restlose Durchführung des Achtstundentages. Weitere Beseitigung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen.“

„Abbau der Massenbelastung durch härtere Heranziehung der Besitzenden zu den Leistungen für den Staat.“

„Erweiterung der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volkspflege.“

„Umfassende Vorbeugungen, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf allen Gebieten der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftspflege.“

Und was sie halten:

Während 21 Monaten Hermann-Müller-Regierung wurden die Preise nicht gesenkt. Die Sozialdemokraten erklärten sich überall mit dem Lohnabbau einverstanden und anerkannten alle Schiedsprüche. Am 3. Oktober 1929 stimmten die Sozialdemokraten für das Abbaugesetz in der Arbeitslosenversicherung, das eine Verlängerung der Wartezeit, Verlängerung der Sperrfrist, Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterhaltungen und den Hinauswurf von Hunderttausenden aus der Arbeitslosenversicherung brachte.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag nicht daran gedacht, einen eigenen Arbeitsbeschaffungsantrag ein-

zubringen. Aber am 7. Februar 1929 lehnten sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien das Arbeitsbeschaffungsprogramm der kommunistischen Partei, den kommunistischen Antrag, die Regierung aufzufordern, ein Arbeitsprogramm aufzustellen, a. B.

Während 21 Monaten Hermann-Müller-Regierung wurden Zölle auf sämtliche Lebensmittel um das Dreifache gegenüber der Vorzeit erhöht. Erhöht wurden auch die Zölle auf Schatz und Aluminium.

Wiffell lehnte als Minister die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ab. Er brachte dafür das reaktionäre Arbeitschutzprogramm ein, das den 8. und 10. Augusttag sanktioniert und den Achtstundentag zur Ausnahme macht. Den kommunistischen Antrag auf Einführung des Siebenstundentages und ein Überstundenverbot lehnten die Sozialdemokraten ab.

Während 21 Monate Hermann-Müller-Regierung wurden die Massensteuern um über 1 Milliarde erhöht, die Besitzsteuern aber gesenkt. Den kommunistischen Antrag auf Einführung einer Millionärsteuer, Offenlegung der Steuerlisten, schärfere Besteuerung des geerbten Vermögens, lehnten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den offenen Kapitalpartei ab.

Unter Hermann Müller wurde die gesamte Sozialversicherung abgebaut, die Summen für die Kriegsbeschädigten um über 80 Millionen gekürzt. Dagegen der Wehretat im letzten Jahre um 42 Millionen erhöht.

Severing schuf das Filzengesez. Die Sozialdemokraten lehnten den kommunistischen Antrag ab; 5 Millionen zur Behebung der Jugendnot einzusetzen. Sie stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Erziehungsbeihilfen. Sie stimmten gegen den Antrag auf Erhöhung der Summen zur Tuberkulosebekämpfung, sie stimmten gegen eine Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, aber sie billigten ausdrücklich die Streichung von 25 Millionen für die Kleinrentner.

Das sozialdemokratische Programm „Kampf der Krise“ ist also nichts anderes als ein sozialdemokratischer Wahllappan an die Bergeshöhe.

Otto Braun nannte den Inhalt sozialdemokratischer Wahlflyer „Flugblattfloskeln“, die keine Bedeutung haben. Dieses Programm sind auch solche Floskeln. Der Sozialdemokrat Professor Dr. Singheimer verriet in der Monatschrift „Die Justiz“, daß die SPD. im kommenden Reichstag dem Bürgertum Koalition „ohne Bindung an irgendein Programm oder irgendwelche Richtlinien“ anbieten will.

Das SPD.-Programm ist also nicht das Papier wert, auf das es gedruckt wurde. Wer ist dumm genug, auf solche Schwindler hereinzufallen?

Halle'sche Buchbinder zeichnen für die KPD.

Eine Gewerkschaftsversammlung der Buchbinder beschloß dem Wahllohn der KPD. 50 Mark zu überweisen. Auf die Bemerkung eines SPD.-Mannes, daselbe auch für die SPD. zu beschließen, bekam er die Antwort: „Der haben die Bonzen schon eine Million zugesagt“, worauf der SPD.-Mann nicht mehr zu antworten wagte.

Die Steuerstreiffront

Halle, 9. September. (Eig. Bericht.) In Wittenberg wurde nach einem Referat über den Steuerstreikampf der kommunistischen Kommunalfunktionäre, das der Genosse Kybartzki, Mitglied des Magistrats von Wittenberg hielt, eine Entschlieung angenommen, die erklärt, den Steuerstreik zu unterstützen und vor allem in den Betrieben durchzuführen.

In Alstedden (Mitteldeutschland) hat die Stadtverordnetenversammlung mit 9 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen sich der Erklärung der kommunistischen Stadtverordneten zum Steuerstreik angeschlossen.

Der Krankenlastenausgleich hat ebenfalls beschlossen, die Eintreibung der durch die Notverordnung erlassenen Krankengebühren abzulehnen.

„Die Produktion wird steigen.“ Wo ist noch ein Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus möglich?

Erkennt ihr jetzt den Grund für die ungeheure Wirkung der Programmklärung der kommunistischen Partei? In ihr wird nichts gesagt, was nicht im ersten Staat der proletarischen Diktatur bereits verwirklicht worden ist. In ihr ist nichts gesagt, was die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland nicht durchführen wird.

Die Bedeutung der Programmklärung liegt darin, daß sie

Millionen Hungernden in Deutschland „neue Kraft im Glauben an den Sieg des Kommunismus auch in Deutschland gegeben hat.“ In diesen paar Zeilen hat der Arbeiter aus Tempelhof die Bedeutung der Proklamtion instinktiv erfaßt.

Daher die Angst vom „Vorwärts“ bis zum „Völkischen Beobachter“.

Im Zeichen des revolutionären Internationalismus für Brot und Freiheit! Im Zeichen Sowjetdeutschlands auf zum Sieg!

Stetiger Lohnabbau in der Porzellanindustrie

Frauen und Mädchen sollen gelernte Arbeiter ersetzen — aber nur Hungerlöhne erhalten!

Wenig den Belegschaften anderer Betriebe befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik E. Tielisch u. Co., Grotzsch, seit Jahren in einem Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In der Porzellanindustrie herrscht bekanntlich die Klotzarbeit vor. Bei auftauchenden Schwierigkeiten irgendwelcher Natur wird immer der Versuch unternommen, die Klotzpreise abzubauen. Das machen die Porzellanindustriellen in ganz Deutschland so, die Leitungen der schließlichen Fabriken sind in dieser Praxis schon wahre Virtuosen geworden. Die Fabriken Tielisch, Krister, Königszelt ufm. haben schon

unzählige Stilllegungsanträge

hinter sich. Diese Stilllegungsmandate werden von niemandem ernst genommen, jeder weiß, daß die Fabrikleitungen diese Anträge nur

beswegen stellen, um irgend etwas bei der Belegschaft durchzuführen. Immer wieder werden diese Lohnabbauaktionen mit der besonders schwierigen Lage begründet, in der sich die schließliche Porzellanindustrie im Gegensatz zu der des übrigen Reiches befindet. Eine besondere Rolle spielen dabei die Fragen der Rohstoffbeschaffung und des Transportes. Hierzu wäre manches zu sagen, es ist aber nicht der Zweck dieses Artikels, auf diese Dinge näher einzugehen. Wir möchten für heute nur feststellen: sollten die schließlichen Fabriken gegenüber denen des Reiches wirklich etwas im Nachteil sein, so wird das mehr als ausgeglichen durch die

hundsmiserablen schließlichen Löhne.

Weiter kommt hinzu, daß, während z. B. in Bayern noch überwiegend männliche Arbeitskräfte verwendet werden, in Schlofen die Frauenaarbeit überwiegt, ja in manchen Fabriken gibt es außer ein paar Malern überhaupt keine Facharbeiter mehr.

gerung venetianischer Mächte, wozu noch der Betrieb die Arbeiter den elektrischen Strom und das Wasser liefern muß. Ganz Unrecht hatte Direktor Borchardt des Betriebes Tielisch nicht als er sagte: „Wenn wir so arbeiten würden, wie die Betriebsleitung bei Krister, dann wären wir längst fertig.“ Herr Borchardt wird seine Kollegen ja kennen.

Die anderen Porzellan-Fabriken

weisen im großen und ganzen dieselben Zustände auf, wie bei Tielisch und Krister. Ob es die Königszelt oder eine andere Fabrik ist — überall Lohnabbau, Entlassungen, Ersetzung der Männerarbeit durch die billigeren Frauen- und Mädchenarbeit. Die Belegschaften sehen sich etwa wie folgt zusammen:

	Männer	Frauen
Tielisch	300	600
Krister	150	450
Königszelt	200	500

Aus dem Reich der Borchardt, Brecht und Roussel

Wer erinnert sich von der Tielisch-Belegschaft nicht an die Zeit des Generaldirektors Unvera, der im wahren Sinne des Wortes wie ein Dämon im Porzellanladen hauste. Es kam Herr Herz, ein ahnungsloser Mensch, Herr Schäfer, der dann den Betrieb leitete, kam aus der Metallindustrie. Der jetzige Direktor ist sonst sehr modern: Republikaner und stilles Mitglied des Reichstages. Jedem, der es hören und nicht hören will, versichert er, daß er kein „unrechter Herr“ und „sehr sozial“ sei. Wie werden einige Dinge anführen, die Herrn Borchardt in seiner ganzen „Erhabenheit“ zeigen. Seine erste Tat, als er nach hier kam, war die

Räumung des Mädchenheims.

Er schickte die Arbeiterinnen heraus und etablierte sich selbst im Mädchenheim. Dann wandte er sich mit aller Energie dem Lohnabbau zu. Seine Hauptshelfer sind in der Delorsabteilung Herr Brecht, in den Hochabteilungen Herr Roussel. Herr Brecht soll für die „Einführung“ eines harmlosen Apparates eine Provision bekommen. Diese Provision geht natürlich nicht die Firma, sondern die Maler, denen man den Lohn herabgesetzt hat. Die Maler müssen nun mehr und billiger arbeiten; wenn sie damit nicht einverstanden sind, so droht Brecht mit Entlassung und Ersetzung

der Maler durch Mädchen. Die Maler haben also nur die Wahl: entweder entlassen zu werden oder immer billiger zu arbeiten.

Herr Brecht aber hat sich schon ein Auto leisten können. Was nun Herrn Roussel anbelangt, so ist er in Schlofen und anderwärts nicht unbekannt. In Ermangelung allgemeiner Fachkenntnisse verlegt er sich gleichfalls auf Lohnrückerei. Facharbeiter kann er gar nicht sehen. Am liebsten möchte er lauter Mädchen haben, mit denen er machen kann, was er will. Aber auch diesen Mädchen will er den Lohn noch herabsetzen. Er ist der Meinung, daß die schließlichen Arbeiter noch zuviel verdienen. „Warum“, sagt er, „sollt Ihr mehr verdienen, als die schließlichen Arbeiter?“ Gegenwärtig führt er einen Krieg gegen die Tellerbreher und die Mäandlerinnen. Die Mäandlerinnen sollen einen Lohnabbau von 12 Prozent schluden. Wahrscheinlich soll Herr Roussel davon auch einige Prozente bekommen, damit er sich ein Auto kaufen kann. Fahrunterricht nimmt er bereits. Die Mäandlerinnen möchten im Dreieck erkranken, es hat kein Geld, um Staubabsauger anzubringen. Mögen die Arbeiter zum Teufel gehen, draußen warten ja soviel auf Arbeit, Hauptsache ist, daß das Geld zur Dividende, zum Gehaltszählen un-nützer Betriebsleiter reicht und Herr Arnold nicht zu kurz kommt.

Arbeiterinnen, kämpft gegen Lohnabbau

Direktor Borchardt bei Tielisch stellt die Arbeiterinnen vor die Wahl, entweder einen Lohnabbau von 10—12 Prozent hinzunehmen, oder sie sollen nur die Mindestlöhne erhalten. Natürlich verlangt Herr Borchardt, daß die Arbeiterinnen bei diesem hundsmiserablen Lohn genau so arbeiten sollen, als ob sie im Klotz bezahlt werden. Offenbar ist Herr Borchardt der Meinung, daß die Arbeiterinnen ebenso bumm sind als er schlau sein will. Er wirft sich in den Fingern schneiden. Auf solche Strauchbliebmethoden kann es nur eine Antwort geben: Widerstand bis zum äußersten. Gewerkschaftssekretär Kühn hat „leider keine Zeit“, sich um diese Dinge viel zu kümmern. Er macht auf Kommunisten Jagd und Wahlspropaganda für die SPD.

Benetianische Mächte für die Oberen — Entlassungen, Lohn- und Gehaltsabbau für die Unteren

das ist die Generallinie bei Krister in Waldenburg

Die Kapitalistenklasse hält ihr Allerheiligstes — den Profit und ihr Vortrecht der Ausbeutung — mit Zähnen und Nägeln fest. Davon geht auch die Leitung des Betriebes Krister in Waldenburg nicht um Haarsbreite ab. Um nun billigere Ware auf den Markt werfen zu können, sieht die Leitung des Betriebes ihren einzigen Weg darin, die Löhne der schon so schlecht bezahlten Arbeiter weiter abzubauen. Sie glaubt in der jetzigen Zeit der Wirtschaftskrise den richtigen Zeitpunkt zum Lohnabbau für gekommen. Nachdem der Betriebsrat es abgelehnt hatte, zu einer fast alle Abteilungen treffenden „Lohnregulierung“ seine Zustimmung zu geben — trotz der Versicherung der Betriebsleitung, bei Zustimmung keine Entlassungen vorzunehmen — ging man jetzt einen anderen Weg. Abteilungsweise holte man die Arbeiter zusammen und erklärte ihnen, wenn sie nicht billiger arbeiten würden, müßten

größere Entlassungen vorgenommen werden.

Unter diesem Druck stehen sich leider viele Arbeiter und besonders Arbeiterinnen herbei, in Lohnabzüge bis zu 50 Prozent einzuwilligen. Trotzdem bernt die Leitung des Betriebes gar nicht daran, ihr Verbrechen zu halten.

Die Belegschaft des Betriebes ist von 900 auf 700 Personen verringert worden.

Entlassen wurden dabei solche, die in den Lohnabbau eingewilligt hatten, und auch solche, die es abgelehnt hatten, billiger zu arbeiten. Wie verkantet, sollen weitere Entlassungen folgen. Auch die Angestellten des Betriebes mußten mit ihren Gehältern herhalten, weitere Profite zu ergattern. Am 14. August wurden immer kleine Gruppen von 4—5 Personen zur Direktion befohlen. Dort wurden sie mit den Worten: Entweder 10 Prozent Gehaltsabbau bei drei freien Tagen im Monat oder — morgen ist der 15. (d. h. der Kündigungstag). Auch hier hielt die Betriebsleitung nicht ihr gegebenes Wort. Obwohl alle Angestellten in den Gehaltsabbau einwilligten, erhielten einige von ihnen doch die Kündigung ausgefertigt.

Obwohl seit März im ganzen Betriebe Kurzarbeit eingeführt ist, reicht für einige Vieblinge die normale Arbeitszeit nicht aus. Ueberstunden werden noch immer geschoben. Auch hier ist

zu verzeichnen, daß es immer nur bestimmte Personen sind. Die Betriebsleitung glaubt durch diese Manöver einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Aber das Mittel verfaßt nicht mehr.

Abbau auf der ganzen Linie ist die Parole der Direktion. Personalabbau und Lohnabbau. Nichts hört und merkt man von Abbau bei den Spitzen der Betriebsleitung. 1921 bei 1000 Mann Belegschaft waren 50 Angestellte, darunter ein Betriebsleiter und 2 Direktoren. 1930 bei 700 Beschäftigten gibt es 4 Direktoren, einen Direktionsassistenten, 2 Betriebsleiter, 1 Betriebsassistenten und 90 Angestellte. Daß jeder Direktor noch seine Sekretärin hat, braucht wohl nicht besonders betont werden. Hier wäre es angebracht, mit dem Abbau zu beginnen. Zumal sie ihre Arbeitskraft ja auch nur zum Teil für den Betrieb verwenden. Der andere Teil wird aufgebraucht durch Golftraining, Wettspiele und Arran-

Forderungen zum Lohnabkommen

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft auf, den Kampf für folgende Forderungen zu organisieren:

Die Tatsache, daß zwischen den niedrigen tariflichen Mindestlöhnen und Klotzbasen und den tatsächlich verdienten Löhnen eine teilweise erhebliche Differenz besteht, wird in letzter Zeit besonders stark von den Unternehmern ausgenützt, um die Löhne herabzusetzen. Gleichzeitig wird der Umstand, daß die weiblichen Arbeitskräfte nach dem Tarif als auch in der Wirklichkeit für dieselbe Arbeit einen erheblich geringeren Lohn erhalten als der männliche Arbeiter, ausgenützt, um die Löhne der männlichen Arbeiter abzubauen oder sie durch die billige weibliche Arbeitskraft zu ersetzen. Aus diesen Erwähnungen heraus müssen die nachstehenden Forderungen mit allem Nachdruck vertreten und für sie der Kampf unter Führung im Betrieb gewählter Kampfleitungen organisiert werden:

Der Lohn der sonstigen Arbeiterin über 20 Jahre beträgt in der Ortsklasse A und Lohnstapel A 0,75 Mark und ermäßigt sich je Altersklasse um 5 Pfg.

Die sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen sind von 14 Jahren ab zu erfassen.

Die Sätze der Lohnstapel B liegen 10 Prozent über der Lohnstapel A und treten nach 4 Wochen in Kraft.

Bisher gezahlte Leistungen zu ergatten bleiben befehlen. Wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, wird auf die bisher gezahlten Löhne ein Zuschlag von 10 Prozent gewährt.

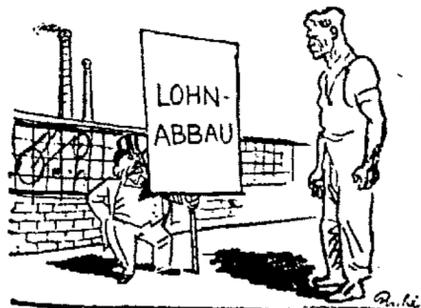
Dieses Abkommen gilt ab 1. Oktober 1930 und ist mit Monatsfrist jederzeit kündbar.

Forderungen der RGD. zum Manteltarif

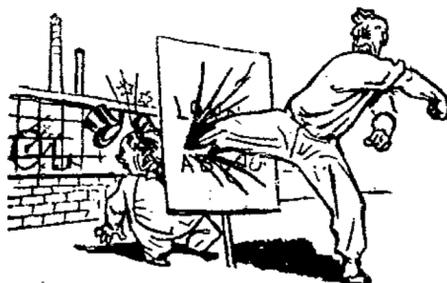
Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat einen detaillierten Entwurf eines Manteltarifs ausgearbeitet. Infolge Stoffmangel können wir diesen Entwurf heute leider nicht veröffentlichen. Sein Abdruck erfolgt in den nächsten Tagen.

Die Gewerkschaftsbürokraten unternehmen nichts!

Die Unternehmer haben den Tarif mit dem Ziel eines Lohnabbaus um 10 Prozent gekündigt. Habt ihr etwas von den Maßnahmen gehört, die Kühn und die anderen Gewerkschaftsbürokraten getroffen hätten, um den Abbau abzuwehren und die so dringende notwendige Lohnerhöhung durchzusetzen? Nein! Diese Leute sind passiv, nehmen den Lohnabbau ruhig hin, reden von „Erfolg“, wenn die Nominallöhne die alten bleiben und die tatsächlich verdienten Löhne abgebaut werden. Das tun sie, weil sie Funktionäre einer konterrevolutionären Partei sind, die das Kapital, die kapitalistische Republik verteidigen und ihre Hauptaufgabe in der Belegung der kapitalistischen Wirtschaft erblicken.



Es genügt nicht wenn du die Hände ballst . . .



Du mußt kämpfen!

Kollegen, Kolleginnen! Nur die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind die Kräfte, die mit aller Energie gegen Lohnabbau und für Lohnerhöhung kämpfen. Wählt in jedem Betriebe einen vorbereitenden Kampfausschuß! Beantwortet die Offensive der Unternehmer mit der Gegenoffensive der Arbeiter! Steigert den Lohnkampf zum Kampf für den Sozialismus! Bringt euren Kampfwillen zum Ausdruck, indem ihr am 14. September stimmt: Liste 4, Kommunistische Partei!

Oberschlesien

Wohnungsuchende, Erwerbslose und Sozialhilfsbedürftige wählen am 14. September Liste 4!

Von Stadtverordneten Behr, Kleinwig

Das Ergebnis der Zentrumspolitik ist die erschreckende Zahl von 10 000 Wohnungsuchenden in Gleiwitz. Allein aus den Jahren 1919 bis 1921 sind noch 487 Wohnungsuchende unterzubringen. Außerdem beträgt die Zahl der nachweislich amtlich festgestellten Familien, in denen offene Tuberkulose-Franke leben, 802, die immer noch ohne Wohnung sind. Die in häufig erklärten Häusern wohnenden Mieter können nicht untergebracht werden, weil keine Ersatzräume vorhanden sind. Da die Mietsen ausserordentlich hoch sind, wächst die Zahl der zur Wohnung Verurteilten von Tag zu Tag. Bisher sind gegen 250 000 und ohne Erfolg 317 Familien ausgelagert.

Laut Statistik der Baupolizei wurden in den Jahren 1919 bis 1920 einschließlich 5864 Wohnungen erstellt. Darunter waren 51 mit einem Wohnraum, 503 mit zwei Wohnräumen, 1106 mit drei Wohnräumen,

dagegen 2401 mit vier und 1785 mit fünf und mehr Wohnräumen.

Daran erkennt man klar und deutlich, daß fast nur große Wohnungen erstellt wurden. Wenn wir uns die Mietpreise betrachten, finden wir, daß selbst dort, wo mit Hauszinssteuer gebaut wurde, selbige erschwerend sind. 40-50 Mark für Etage und Küche, 70-90 Mark für zwei Stuben und Küche gelten in den meisten Neubaugewohnungen als Norm der Monatsmiete.

Seit Jahr und Tag sehen trotzdem viele Wohnungen leer, weil niemand die hohe Miete bezahlen kann. Auf diese Art müssen weiterhin zwei und drei Familien in Etage und Küche oder in Kellerhöfen und Baracken hausen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat bei älteren Anträgen gestellt, um dem Wohnungselend abzuhelfen. Von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis wurden die berechtigten Forderungen abgelehnt. Der letzte Antrag vom 27. Februar 1930 verfiel gleichfalls der Ablehnung. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„1. In diesem Jahre müssen 2000 Wohnungen erstellt werden. Der Mietpreis soll den Arbeiterlöhnen angepaßt sein.

2. Die Hauszinssteuer soll reiflos dem Wohnungsbau zugeführt werden.“

Der Sozialdemokrat Dr. Herrstadt sagte zu diesem Antrage laut Stenogramm wörtlich: „... Einen Antrag einzubringen ist leicht, aber die Wege sollen gezeigt werden, wie das zu machen ist. Den Mond anheben heißt noch nicht Häuser

zu bauen.“ Herr Herrstadt und mit ihm alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Mieterkühler, haben dafür beschlossen, von der Hauszinssteuer 825 000 Mark für allgemeine Finanzzwecke zu verwenden.

Erwerbslosenfragen waren für die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis immer etwas Unheimliches. Bei der Beratung von Erwerbslosenfragen hatte es den Anschein, als ob die bürgerlichen Parteien Angst vor dem Worte „Erwerbslose“ hätten. Nur die Kommunisten waren die einzigen, welche Anträge für die Erwerbslosen stellten. Ob es sich um eine Wirtschaftshilfe, um Vorsehung mit Wintervorräten, Deckung der Notstandsbedürfnisse oder sonst eine Forderung handelte, waren die kommunistischen Stadtverordneten die einzigen, welche sich an die Seite der Erwerbslosen stellten. Jetzt, vor den Wahlen, zeigen plötzlich alle Parteien ihr Herz für die Erwerbslosen, natürlich nur wegen der Stimmen.

Die Sozialhilfsbedürftigen, wie Sozial- und Kleinrentner, ausgesetzte Erwerbslose und Ortsarme, konnten gleichfalls feststellen, daß die bürgerlichen Parteien sie außerhalb des Wahlkampfes nicht kannten. Auch hier waren es die Kommunisten, welche als die einzigen Anträge stellten. So z. B. Erhöhung der Richtigkeits-, Zahlung von Wirtschafts- und Winterbeihilfen, Vorsehung mit Kohlen und Kartoffeln, Speisung durch die Notstandsbedürfnisse u. a. m.

Wohnungsuchende, Erwerbslose, Ausgesetzte und Sozialhilfsbedürftige!

In letzter Stunde werden die einzelnen Parteien an euch herantreten durch Wort und Schrift. Alle möglichen und unmöglichen Versprechungen werden gemacht. Gebt diesen Wölfen in Schafspelgen den wohlverdienten Tribut. Wer war es gewesen, der den Kerkern der Armen neue Lasten aufbürdete? Die Sozialdemokraten im Verein mit dem Zentrum, der Weimarer-Regierung. Die Kopfsteuer (Kopfsteuer), welche auch von den Erwerbslosen mit sechs Mark und für die Frau mit drei Mark bezahlt werden muß. Der Krankenschein für 50 Pfennig und das Rezept mit 50 Pfennig sowie die Schank-, verzehrsteuer, Lebzigensteuer und kommende Mietpreisobergrenzung sind das Ergebnis der sozialdemokratisch-bürgerlichen Politik im Reiche und in der Kommune.

Seid auf dem Posten! Laßt die Gegner die Häute kosten! Vereinigt sollen sie euch finden hier, und am 14. September wählen alle Liste 4!

Am Sonntag antwortet den zentralistisch-sozialdemokratischen Staatsräubern

Der arbeiterfeindliche Etat der Stadt Hindenburg

Sie bringen nachstehend einen kleinen Auszug des Zahlenmaterials aus dem diesjährigen Etat der Stadt Hindenburg, der mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Wirtschaftspartei und der Sozialdemokraten angenommen worden ist.

Es werden veranschlagt:

für Gehälter 1 881 488 Mark (gegenüber dem Jahr 1928 ein Mehr von „nur“ 116 000 Mark);

für die Unterhaltung der Magistratskraftwagen 50 000 Mark;

für die Polizei (Zuschuß an die Schupo) 312 000 Mark (1928 200 000 Mark);

für das staatliche Gymnasium usw. 60 000 Mark;

für das Theater 47 000 Mark;

vom Staat zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose ganze 4500 Mark (Vorjahr 6000 Mark);

Beihilfe aus Reichs- und Staatsmitteln für Kinderpeisung ganze 10 000 Mark.

Sie belannt, müssen die Kommunen die Mittel zur Unterhaltung der Schulen anbringen. Die Stadt Hindenburg leistet für ein Volksschulkind einen jährlichen Zuschuß von 105 Mark, für ein Mittelschulkind 228 Mark und für einen höheren Schüler 640 Mark. Durch die sozialistische Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Braun ist das Besoldungsgehalt pro Kind von 4 auf 3,60 Mark gekürzt worden und die Folge davon ist, daß die Kommune eigene Mittel hierfür verwenden muß.

Es werden veranschlagt:

für die Oberbürgermeister-Villa 300 000 Mark;

für die Villa des Stadtbaurats 125 000 Mark;

für die Renovation und den Umbau der Bürgermeisterwohnung (für den Zentrumsmann Opperskauff) 14 000 Mark;

für ein Sechsfamilienwohnhaus 68 000 Mark;

für ein Obdachlosenasyl 6000 Mark.

Die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge betragen:

für Kleinkinder 30 Mark, Ehepaare 40 Mark, Kind 10 Mark.

Diese Zahlen führen deutlich den Nachweis über den Klassencharakter des Etats, der Rücksicht nimmt auf den Geldsack der Besitzenden, keine Rücksicht nimmt auf das soziale Elend. Die Millionen, die in das Stadtsäckel aus Steuergroschen der heillosen Klasse fließen, werden zu einem ganz geringen Teile in deren Interesse verwandt, und diesen Etat haben, wie schon oben erwähnt, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Wirtschaftspartei und die Sozialdemokraten angenommen.

Wer für diesen Etat des sozialen Elends ist, der wähle diese Parteien!

Wer dagegen und bereit ist, Schlag zu machen mit einer solchen Kommunalpolitik, der wähle Liste 4!

Die Hindenburger merkliche Bevölkerung muß unter der Führung der kommunistischen Partei den härtesten Kampf gegen das Young-Deutschland, gegen die Young-Rechte in den Kommunen, für ein Sowjetdeutschland und die Sowjetkommune organisieren und durchführen.

Beuthen

Drei Bergleute durch Gas getötet

Auf der Carsten-Zentrum-Grube wurden am Sonntag der Techniker Roslos, der Lehrzimmerhauer Zimmio und der Zimmerhauer Paul Morawieckel I durch ausströmende Gase getötet. Die drei Bergleute gehörten der Hünernergrube an und hatten sich anjehneinend ermüdet an einen Kohlenpfeiler gesetzt, wo sie von plötzlich ausströmenden Gasen getötet worden sind.

Diesen dreifachen Mord haben die Grubenbarone auf dem Gewissen. Die lange Arbeitszeit bringt einzig und allein die Ermüdung mit sich. Die Bergarbeiter müssen um die Sechsstundenschicht unter und Siebenstundenschicht über Tage kämpfen. Und unter welcher Führung? Unter der Führung der NSD. und selbstgewählter Kampforgane. Zum 1. Oktober ist der Kampf zu organisieren. Die Parole ist: Am 1. Oktober Streik um eure Forderungen!

Genossen, Parteiarbeiter, wo bleibt ihr?

Die Ortsgruppe Krawowitz, NS. Ratibor, hat ihr Sammelsoß am 11. Prospekt überschritten! Welche Ortsgruppe wollte das Sammelsoß nicht erreichen? Keine! Darum verfährt in den nächsten Stunden die Sammelstätigkeit!

Betriebsratsvorsitzender Genosse Schieron wird nicht als Stadtrat bestätigt

Hindenburg. Soeben erfahren wir, daß der Magistrat unter Führung des Sozialdemokraten Franz es abgelehnt hat, die Bestätigung für den Genossen Schieron als unbesoldeten Stadtrat bei der Regierung nachzusuchen.

Die Sozialdemokratie erklärt jetzt im Wahlkampf, daß sie die „Demokratie“ gegen die Diktatur verteidige, während wir doch aus dem vorliegenden Falle sehen, daß der Partei-Genosse Franz es doch nicht einmal für nötig findet, den sonst üblichen formalen Weg zur Bestätigung zu beschreiten. Herr Franz möchte gern seinem Magistrat — die Geheimkörperschaft zur Durchführung der Hungerpolitik gegen die werktätigen Schichten — Kommunisten rein lassen!

Eine jede proletarische Stimme am 14. September für die Liste 4 beherrscht Kampfbanner gegen die SPD. und die von ihr verteidigte „Demokratie“. Deshalb wählen die Werktätigen die Liste 4, auf der der Betriebsratsvorsitzende der Guido-Debrüder-Schächte, Genosse Schieron, an zweiter Stelle kandidiert.

Sozialfaschisten und Nazi in einer Front!

Wie der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten aussieht und umgekehrt, dafür hat der nationalsozialistische Stadtverordnete Filusch einen glänzenden Beweis geliefert.

Der Sozialdemokrat Franz ist mit der Stimme von Filusch zum Oberbürgermeister gewählt worden. Mit nationalsozialistischen Kräften ist Franz zu dieser gutbezahlten Futterkrippe (24 000 Mark Jahresgehalt) gekommen.

Verschärfter Kurs auf die Betriebe

Rote Betriebsräte und Wahlhelfer, NSD.-Anhänger, mobilisiert die Belegschaften für den Sieg der Liste 4!

Wer will diese wählen?



Schlagt den Geldsack! Wählt Liste 4

Neustadt

Frau eines Kurzarbeiters um die Beschäftigung gebracht

Ein Arbeiter bittet uns, folgende Zeilen zu veröffentlichen: „Frau des städtischen Angestellten P. La met von der Hindenburgstraße 81, bekleidet seit längerer Zeit die Stelle einer Aufwartefrau bei einer „Herrschaft“. Bei dem Gehalt ihres Mannes wäre es wohl das richtige, die Stelle einer arbeitslosen Frau zu überlassen. Sie gibt aber nicht die Stelle auf, sondern bringt noch eine andere Frau auf ihrer Beschäftigung. Obwohl anerkannt werden muß, daß jeder Mensch ein Recht auf Beschäftigung hat, muß aber doch betont werden, daß man in diesem Falle Rücksicht auf arbeitslose Frauen nehmen muß, zumal es sich hier um die Frau eines Angestellten handelt, und der Mann sich in einer gesicherten Position befindet. Wenn die Angestellten bei der Stadt schlecht entlohnt werden sollten, dann sollten sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Kampf um eine Besserstellung ihrer Lage führen! Nur im gemeinsamen Kampfe, durch den Sturz des heutigen Systems kann das Erwerbslosenproblem gelöst werden.“

Oppeln

Große Wahlkundgebung der NSD.

am Sonnabend um 19,30 Uhr auf dem Tuchmarkt

Erzpriester Kulik in der Front gegen die Arbeiter

Die Kanzel, ein geistlich geschützter Ort, ist für den Herrn Pfarrer Kulik in Chrumetz gerade gut genug, um Verleumdungen schlimmster Art gegen die Arbeiterklasse anzubringen. Getreu dem Auftrug des obersten Heiligen Petrus hegt er gegen alles, was nicht dem Zentrum nachläßt, besonders gegen die am Ort anwesenden fortschrittlichen Arbeiter.

Arbeiter von Chrumetz und Umgegend, legt diesen Besessenen das Handwerk, zeigt ihm am 14. September, daß ihr euch nicht mehr von ihm beeinflussen laßt.

Rauschmeißer Bartels spricht vor Spielern

Am Sonntag, dem 7. September, hatte sich die Sozialdemokratische Partei den bekannten Rauschmeißer Bartels vom Landtage nach Oppeln geholt, um in der katholischen Handwerkskammer eine Wahlversammlung abzuhalten. War schon die Tatsache, daß die NSD. den Handwerkskammeraal vom Zentrum erhielt, für die Arbeiterklasse genügen, so konnte man am Besuch der Versammlung noch deutlicher erkennen, daß die Sozialdemokratie auch wirklich keine Arbeiterpartei mehr ist. Die Ruhe und Besonnenheit, welche 1919 von den Führern im Interesse des Bürgertums gepredigt wurde, kam dort so recht zum Ausdruck; es war eine Grabesruhe, die auch die Ossowski-Garde, welche stark zum Schutze des Kleinbürgertums vorhanden war, nicht hinwegjagte. Die Oppelner Arbeiterklasse hatte es vorgezogen, die Versammlung nicht zu besuchen. So blieben Magistratsbeamte, Assessoren und bezahlte Parteischieber der NSD. unter sich. Bartels las seine Rede von Vernunft und Verantwortungsbewußtsein dem kapitalistischen Staate gegenüber herunter. Eine Diskussion wurde nicht zugelassen, wieder ein typisches Zeichen der Feigheit. Ihr hättet euch überzeugen können, in dieser Partei ist kein Platz mehr für ehrliche Arbeiter, die zum Sozialismus wollen. Deshalb macht Schlag mit der Partei des Betrugs an der Arbeiterklasse, gebt ihr am 14. September die Diktatur, wählt Liste 4, kommunistische Partei!

Öffentliche Wahlversammlungen der NSD.

Donnerstag, 11. September:

Emarsau. Referent Genosse Bonzol.
Zaborze-Dorf. Abends 7 Uhr im Lokal Gerzel. Ref. Gen. Jadaich.
Kreuzburg. Referent Genosse Langner-Berlin.
Jernitz. Abends 6 Uhr an der Kapelle. Ref. Genosse P. Wiatrel.

Freitag, 12. September:

Gleiwitz. Abends 7,30 Uhr im Lokal „Apollo“, Kofeler Straße. Referent Genosse Kasper, M. d. L.
Ratibor. Abends 8,30 Uhr im Lokal Singer, Bojager Straße. Referentin Genossin Chwalek.
Dabersdorf. Referent Genosse Bonzol.
Kosel. Referent Genosse Selbmann.

Sowjetpolen und Sowjetdeutschland sprengen Versailles

Nur Sowjetpolen und Sowjetdeutschland können in proletarischer Gemeinschaft die Oberschlesische und die Korridorfrage lösen

Die Programmklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes hat in unseren Bruderparteien begeisterten Widerhall und einstimmige Zustimmung gefunden. Dieses Echo ist ein Ausdruck des revolutionären Internationalismus, der alle kommunistischen Parteien, das revolutionäre Proletariat aller Länder zu einer gewaltigen einheitlichen Kraft zusammenschweißt.

Die Zentralkomitees mehrerer unserer Bruderparteien haben bereits zu der Programmklärung prinzipielle Stellung genommen und Erklärungen angenommen, in denen sie ihre volle Solidarität mit der deutschen Partei in ihrem Kampfe um die nationale und soziale Befreiung der werktätigen Massen Deutschlands und insbesondere in der Frage der Zerreißung der völkerverhetzenden imperialistischen Verträge ihre Kampfgemeinschaft mit dem deutschen Proletariat bekunden.

Solche Erklärungen gingen uns zu von der polnischen, der italienischen, der belgischen und der tschechoslowakischen Partei. Alle diese Parteien legen die konkreten Maßnahmen dar, mit denen sie ein Sowjetdeutschland im Kampfe gegen die imperialistischen Raubverträge unterstützen werden. Diese Erklärungen sind historische Dokumente des revolutionären Internationalismus.

Wir veröffentlichen heute die Erklärung unserer polnischen Bruderpartei. Die anderen Erklärungen können wir wegen Raumangels erst in den nächsten Tagen unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Erklärung des Zentralkomitees der KP. Polens

Die KP. Polens, die den Kampf der werktätigen Massen Polens für den Sturz des polnischen Imperialismus und der faschistischen Diktatur Mussolinis, für ein Sowjetpolen führt, erklärt ihr völliges Einverständnis mit der Programmklärung der KP. Deutschlands. Der Kampf des deutschen Proletariats unter der Führung der KP.D. gegen den neudeutschen und fremden Imperialismus, gegen den räuberischen Versailler Vertrag und gegen den Young-Plan, ist ein Bestandteil der revolutionären Aufgaben des internationalen Proletariats und insbesondere der werktätigen Massen Polens, der Westukraine und Westweißrusslands.

Der Versailler Vertrag hat das imperialistische Polen zum Vorposten der imperialistischen Weltträger gegen die USSR bestimmt. Die polnische Bourgeoisie hat im Kontext der revolutionären Kriege gegen die russische Oktoberrevolution die Westukraine und Westweißrussland okkupiert auf der Grundlage des Versailler Vertrags, Oberschlesien in zwei Teile zersplittert und im polnischen Korridor einen Herd kriegerischer Verwicklungen geschaffen. Versailles gab am Tage nach dem großen Weltmorden das Signal zu neuen Kämpfen und Kriegen.

Seit seinem Entstehen ist das kapitalistische Polen in ein Heerlager verwandelt worden. Unter der Last ungeheurer Kriegs- und Militärsteuern stöhnt die werktätige Bevölkerung. Die zwölffährige Herrschaft der polnischen Bourgeoisie, die vierjährige Herrschaft des Faschismus hat die breitesten Massen in tiefstes Elend gestoßen.

Die Weltkrise des Kapitalismus ist am schärfsten in Polen zum Ausdruck gekommen. Jeder zweite Arbeiter ist arbeitslos oder Kurzarbeiter. Die arme und mittlere Bauernschaft lebt in den schrecklichsten Verhältnissen. Die revolutionäre Welle steigt in Stadt und Land in schnellem Tempo. Aus der ökonomischen und politischen Krise steht der Faschismus den Ausweg im verschärften Angriff gegen die Werktätigen, im blutigen Terror und im Kriege gegen die USSR. Angesichts der heranwachsenden proletarischen Revolution tritt, trotz der sie trennenden und sich mehr und mehr verschärfenden Gegensätze, immer klarer die Zusammenarbeit des polnischen und neudeutschen Imperialismus in den Kriegsvorbereitungen gegen die USSR — der Hochburg der proletarischen Weltrevolution — hervor.

Im Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung, für die Rettung der kapitalistischen Ordnung, in den Vorbereitungen des Krieges gegen die USSR und im niederträchtigen nationalistischen Taumel ist der Sozialfaschismus die wichtigste Stütze

der faschistischen Diktatur Mussolinis. Der Sozialfaschismus hat dem Faschismus zum Siege verholfen und ihm den Weg geebnet. Der Sozialfaschismus ist das wichtigste Werkzeug der Diktatur bei der Erdrosselung eines jeden ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats. Die sozialfaschistischen Kampftruppen sind die treuesten Verbündeten der faschistischen Polizei und der Faschisten in den Betrieben.

Die kommunistische Partei Polens ist die einzige politische Kraft, die den Werktätigen Polens, der Westukraine und Westweißrusslands den revolutionären Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zeigt — den Sturz der faschistischen Herrschaft Mussolinis, der Diktatur des Finanzkapitals, die Errichtung der polnischen Räterepublik auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Die KP. Polens kämpft für das Selbstbestimmungsrecht der Westukraine und Westweißrusslands bis zur Vostren-

nung und ihrer Vereinigung mit der Sowjetukraine und Sowjetweißrusslands. Die KP. Polens kämpft für das Selbstbestimmungsrecht bis zur Vostrennung Oberschlesiens und der Gebiete mit deutscher Bevölkerung in Polen.

Der erste Schritt der polnischen Räteregierung wird es sein, die sofortige Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Vostrennung unterjochter Völker Polens zu sichern.

Das siegreiche Proletariat Polens wird den Versailler Raubvertrag, den die werktätigen Massen Deutschlands in Sklavenketten schlug, der das imperialistische Polen zum Gendarmen Versailles und des Young-Plans bestimmte, der aus Polen ein Gefängnis für die Werktätigen und für die unterjochten Völker schuf, zerreißen und für null und nichtig erklären! Nur Sowjetpolen und Sowjetdeutschland können in proletarischer Gemeinschaft die ober-schlesische und Korridorfrage lösen und einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der werktätigen Massen beider Länder sichern. Sowjetpolen wird die Zoll- und militärischen Grenzen mit allen Sowjetrepubliken zerstören und ein enges brüderliches Bündnis mit Sowjetdeutschland und der USSR schließen.

Die KP.P. erklärt im Namen des revolutionären Proletariats Polens, daß sie mit allen Kräften und Mitteln die proletarische Revolution in Deutschland unterstützen wird.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Es lebe Sowjet-Deutschland!

Es lebe Sowjet-Polen!

Es lebe die Sowjet-Union!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

J.A. der KP. Polens.

Gefecht auf dem Yangtse

Flotte Armee von amerikanischem Kriegsschiff angegriffen

New York, 9. September. Einer Meldung der Associated Press aus Hankau zufolge berichtet das amerikanische Kanonenboot „Tutuila“ über ein hartes Gefecht mit Kommunisten, das etwa 100 Kilometer von Jotschau entfernt auf dem Yangtse stattgefunden habe.

Italienische Kriegsschiffe für Rumänien

Bukarest 9. September. Zwei Minenzerstörer, die Rumänien in Italien bestellt hatte, sind in den Hafen von Konstanza eingelaufen. Weitere Kriegsschiffe und U-Boote, die die rumänische Regierung unter General Averescu im Jahre 1926 in Italien bestellt hatte, werden demnächst von dort gelassen werden und in Konstanza eintreffen.

Aufstand in Südbrasilien

New York, 9. September. Wie Associated Press berichtet, hat die Regierung von Uruguay in der Nacht die offizielle Nachricht erhalten, daß in dem brasilianischen Staat

Rio Grande do Sul eine revolutionäre Bewegung im Gange sei. Man rechnet damit, daß die Unruhen in Brasilien weiter um sich greifen werden. In den bisherigen Meldungen wurde ihnen lediglich örtliche Bedeutung beigelegt. Zur Sicherung der Grenze von Uruguay wurden zwei Regimenter Kavallerie entsandt.

Briands Panuropa-Fiasto

Genf, 9. September. Gestern nachmittag tagte in Genf neben der Versammlung des Völkerbundes, die auf Briands Initiative einberufene Konferenz der europäischen Staaten zur Beratung über den französischen Paneuropavorschlag.

Briand erstattete Bericht über die Antworten der einzelnen Staaten auf sein Paneuropamemorandum und versuchte die Konferenz auf die Anerkennung des Grundgesetzes der „Paneuropäischen Union“ sowie auf die vorläufige Schaffung einer losen Organisation festzusetzen.

Der englische Außenminister Henderson wandte sich mit besonderer Schärfe gegen Briands Vorschläge. Auch der deutsche Außenminister Curtius lehnte Briands Anregungen ab. Für Briand traten mit Vorbehalten nur die französischen Vasallenstaaten ein.

Es wurde eine Entschließung angenommen, das Paneuropaprojekt an die Völkerbundsversammlung zu überweisen.



Gezeigt im Internationalen Arbeiterkongress, Berlin.

82. Fortsetzung.

„Vor ihrem Widerstand habe ich keine Angst. Ich werde ihn mit ihren eigenen Leuten ersticken. Die Sozialrevolutionäre sind nämlich keineswegs eine homogene Masse. Es gibt solche, die zu allen Konzessionen mit uns bereit sind, um die Front nicht zu sprengen, und es gibt solche, die mit linken Parolen kokettieren, aber nur, bis man sie an den Namen Bolschewiki erinnert. Dieses Wort fürchten sie mehr als den Leibhaftigen.“

„Welches ist aber die aktivere Gruppe?“

„Die rechte.“

„Beide sind nicht aktiv...“

„Trotzdem ist die einflussreichere und zahlreichere Gruppe der SR die Rechte. In ihren Händen liegt der gesamte Parteiapparat und die Presse. Die Linke Gruppe hat nicht einmal die Möglichkeit, offen hervorzutreten. Allerdings fühlen sie sich dadurch nicht besonders getränkt, aber sie tratschen viel und stellen „radikale“ Forderungen. Wenn es aber so weit ist, bekommen sie Angst vor ihrer eigenen Courage.“

„Wir betrachten also die Sache mit der Konstituierenden Versammlung und die Partei der SR als in Kürze erledigt.“

„Zawohl, in einer Woche wird sie liquidiert sein. Sie kommen nach den Bolschewiki dran, es ist ratsamer so. Wenn wir einmal bei der Arbeit sind, dann geht es in einem Aufwischen.“

„Und nun müssen wir daran gehen, die Betriebe und das lachende Land von den Bolschewiki zu säubern. Wir können es nicht mehr dulden, daß die Bolschewiki uns immer im Rücken sind.“

„Ich habe bereits gesagt, daß es mir gelungen ist, alle Bolschewiki, bis auf einen, zu entdecken.“

„Warum gelingt es bei dem einen nicht?“

„Er arbeitet sehr konspirativ.“

„Sind Sie sicher, daß er der einzige ist?“

„Allerdings. Jedenfalls sind die anderen unbedeutend.“

„Oder sehr bedeutend. Denn konspirativ arbeiten die Großen, nicht die Unbedeutenden.“

„Entschuldigen Sie, Herr General, nur meine Agenten können das genau...“

„Nicht wissen“, fiel ihm Koltchal ins Wort. „Es ist doch ausgeschlossen, daß man den Bolschewikführer nicht ausfindig machen kann.“

„Welleicht könnten Sie das...“

„Wenn es sein muß, werden wir die Odrana selbst in die Hand nehmen!“

Der mißlungene Handstreich

Die ganze Nacht durch arbeitet die Konterespionage fieberhaft. Die Agenten hatten festgestellt, daß in letzter Zeit die Bolschewiki die Gemohnheit angenommen hatten, nachts ihre Wohnungen zu verlassen und unauffindbar zu verschwinden. Bis heute war es noch nicht gelungen, ihr nächtliches Versteck zu entdecken. Dagegen hatte man festgestellt, daß sie etwa gegen zehn Uhr vormittag in ihren Wohnungen wieder auftauchten und dort den ganzen Tag zusammensaßen.

Diese Gelegenheit beschloß die Konterespionage auszunutzen. Die ganze Nacht traf die Odrana Vorbereitungen. Einige Abteilungen standen bereit, um zwölf Uhr in drei verschiedene Provinzstädte abzureisen, um an Hand von Stakandoffs Adressenmaterial in die Partei einzudringen und sie in wenigen Tagen zu liquidieren.

Zu gleicher Zeit waren andere Abteilungen alarmiert, die die städtische Parteiorganisation sprengen sollten.

Der festgesetzte Tag brach an. Das Wetter war sonnig und klar; der in der Nacht gefallene Schnee machte die Luft angenehm frisch.

Die Straße der Konterespionage war fast leer. Nur ab und zu tauchte eine Gestalt im Bauernpelz auf und verschwand ebenso rasch, wie sie gekommen war. In einer Nebenstraße warteten einige Gespanne. Bei den Wagen machten sich einige als Zivilisten verkleidete Personen, die aus dem Gebäude der Konterespionage gekommen waren, zu schaffen. Dann setzten sich drei von ihnen in einen der Schlitten und nahmen Richtung auf den Bahnhof.

In einer Hausnische stand ein schwächlicher junger Mann in ärmlichen Kleidern. Sein Gesicht war vor Frost blau. Er hüllte sich fester in den fadenseidigen Mantel. Als die drei auf dem Schlitten aus seinem Gefächstreich verschwunden waren, lief er rasch über die Straße nach der gegenüberliegenden Konditorei und nahm dort an einem Tisch Platz. Bald gesellte sich ein großgewachsener, gut angezogener Mann zu ihm. Er sah mit seinem gepflegten Bart wie ein wohlhabender Kaufmann aus. Sie blickten nach verschiedenen Seiten hin, dabei unterhielten sie sich leise miteinander.

Sie sind schon weg. Daß die Unseren sie nur nicht verfehlen! Der Zug geht genau um zwölf Uhr von hier ab.“

„Nein, Du kannst beruhigt sein. Die Unseren sind schon am Bahnhof. Sie fahren als Madarbeiter in Bauernpelzen mit Sägen und Beilen und sind bis zur Unkenntlichkeit verkleidet.“

„Weshalb sind es?“

„Im Zug fünf, längs der Straße zwanzig Mann.“

„Wann fangen wir hier an?“

„In einer halben Stunde.“

„Wo halten sich jetzt die Unseren auf?“

„Sie sind bei der Schwerthörigen versteckt. Das ist der günstigste Ausgangspunkt für uns.“

„Die Wohnung liegt in der Nähe der Odrana.“

„Wer hat die Führung auf der Straße?“

„Ich. Aber du mußt dich jetzt beeilen, sonst wirst du zu spät kommen.“

„Wassiljtschikoff auch?“

„Bei Nacht. Matrjona und Dija, wenn man sie nicht vorher verhaften wird.“

Der Schwächliche stand auf. „Leb wohl, Jascha. Ich fahre jetzt weg. Ist der Fuhrmann bereit?“

„Er wartet an der Straßenecke. Die Parole ist „Scheiß“.“

„Gut. Wenn alles klappt, treffen wir uns heute nacht in der dritten Wohnung...“

„Wasja, aber vorsichtig...“

„Du kannst beruhigt sein.“

Jascha zögerte, stand ruhig auf und verließ ebenso ruhig die Konditorei. Auf der Straße blieb er stehen, sah sich um als ob ihm die Gegend völlig unbekannt sei, und bog dann gemächlich in die breite Straße, wo sich das Gebäude der Konterespionage befand.

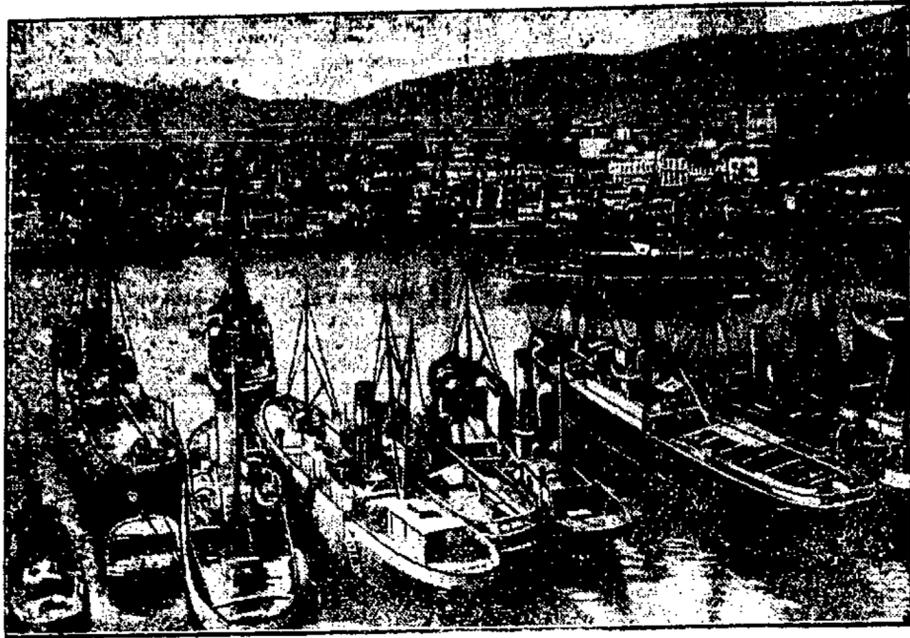
(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

Griechischer Hafen Piräus ein Flammenmeer

18 Benzindampfer brennen lichterloh

Entsetzlicher Flammentod von 12 Matrosen



Piräus, der Hafen von Athen

Athen, 9. September. Seit der Nacht zum Dienstag wütet in der Hafenstadt von Athen im Piräus eine riesige Brandkatastrophe, die durch eine Benzinerexplosion verursacht wurde. In allerletzter Zeit brannten 18 im Hafen liegende Benzindampfer lichterloh aus. Bisher werden 12 Matrosen als verbrannt gemeldet, doch befürchtet man, daß noch weit mehr umgekommen sind. Eine Zeitlang stand der ganze Hafen in Flammen, da sich das Benzin übers Wasser ergossen hatte und dort weiter brannte.

Die Ursache der Katastrophe

Nach den bisher vorliegenden Meldungen verbreitete sich infolge eines Schadens an der Benzinpumpe des englischen Frachtdampfers „Donar“ das auslaufende Benzin von allen unbemerkt auf der Wasseroberfläche. Abnungslos sah ein Hafenarbeiter am Ufer, der sich über einem offenen Feuer eine Abendmahlzeit kochte. Um das kleine Feuer zu löschen, warf er dann die Feuerreife ins Hafenvassin, das dadurch im Nu in hellen Flammen stand. Bevor überhaupt jemand die ungeheure Gefahr erkannte, befanden sich rund 18 Benzindampfer plötzlich inmitten eines gewaltigen Flammenmeeres.

Ein Dampfer nach dem andern explodierte...

Eine unvorstellbare Panik brach nun unter den Schiffsbesatzungen aus. In wilder Flucht verließen die Matrosen ihre Schiffe. Einige, deren Kleider bereits Feuer gefangen hatten, stürzten sich, fast besinnungslos vor Schmerzen, in das brennende Meer, wo sie elendiglich verbrannten. Der Hafen

gleich nun einen wahren Hexenkessel. Sämtliche Dampfer bildeten riesengroße Feuerfäden. Einer nach dem anderen flog mit Donnergeräusche in die Luft.

Panik rund um das Feuermeer

Angesichts der entsetzlichen Naturkraft konnte die alarmierte Hafenfeuerwehr nichts anderes tun, als die vom Feuer noch nicht erfassten Schiffe zu bemannen und einige auf das offene Meer zu steuern. Jedoch gelang dies nur in einigen Fällen. War doch die ganze Nacht vom Piräus inzwischen von einer brennenden Benzinsicht bedeckt, deren Feuerhöhe kilometerweit sichtbar war. In den Lagerräumen der Dampfer, die zeitweise in äußerster Gefahr waren, von dem wütenden Feuer ergriffen zu werden, entstand ebenfalls ungeheure Aufregung.

Bis Dienstag morgen hatte das Riesfeuer wenig an Heftigkeit eingebüßt. Immer noch strömten gewaltige Oelvorräte aus den brennenden Schiffen aufs Meer. Jedoch hofft man, daß die Flammen das ausgelaufene Benzin und Oel noch im Laufe des Dienstag aufgezehrt haben, so daß dann mit den Aufräumarbeiten begonnen werden kann.

Explosionsunglück in Bordeaux

Vier Laboratoriumsarbeiter getötet, fünf schwer verletzt

Paris, 9. September. In einer Pasteur-Institut, in der Nähe von Bordeaux, explodierte am Montag nachmittag ein gasförmiger Apparat. Durch die herumfliegenden Eisenteile wurden vier Arbeiter auf der Stelle getötet und fünf weitere schwer verletzt.

Neue Katastrophe auf Haiti

Hungerrevolte in San Domingo

Hunger, Seuche und Wolkenbruch bringen die Ueberlebenden zur Verzweiflung

San Domingo, 9. September. Neue Schreckensnachrichten aus der dominikanischen Republik aus San Domingo alarmieren die Welt. Kaum ist die entsetzliche Cholera-Katastrophe über die Hauptstadt Haitis hinweggegangen, und schon ereilt neues Unglück die hungergeplagte Bevölkerung. Ergießen sich doch bereits seit den letzten 24 Stunden über die verwüdete Hauptstadt und deren Umgebung unaufhörlich gewaltige Wolkenbrüche.

Tiefste Straßen des Landes stehen unter Wasser. Die

Rettungsarbeiten werden durch diese Ueberschwemmung unmöglich. Die Not ist unter den Ueberlebenden ins Unerträgliche gestiegen. Der größte Teil der Bevölkerung hat in den letzten Tagen überhaupt nichts mehr zu Essen gehabt. Am Dienstag nachmittag kam es daher vor mehreren Kataklysmen zu schweren Hungerrevolten.

Die vor Entschling fast sinnlos gewordene Menge versuchte sich mit Gewalt das Notwendige zu holen.

Dabei wurden Frauen und Kinder niedergetreten. Mit brutaler Gewalt stellte das Militär die berühmte Ruhe und Ordnung wieder her.

Nur die allergrößten Kälber..



Aus der neuesten reichillustrierten Ausgabe der A.Z.

Sowjetrussische Wetterwarte meldet schlechtes Wetter

Zepp fährt nach Moskau

Nur aus diplomatischer Höflichkeit?

Friedrichshafen, 9. September. Unter Führung Edeners ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gestern vormittag gegen 8 Uhr zu seiner Landungsfahrt nach Moskau gestartet. An Bord befinden sich 20 Passagiere, von denen 16 die Rückreise nach Friedrichshafen wieder mitmachen.

Die Wetterwarte der Sowjetunion prophezeit dem Luftschiff auf seiner Flugstrecke schlechtes Wetter. Es sei mit Regen und Nebel zu rechnen. Das Kommissariat für Post und Telegraphie wird dem Luftschiff von Königsberg ab ständig die Weiterreise funktentelegraphisch übermitteln. Eine Anzahl sowjetrussischer

Luftschiffverständiger sind aus allen Teilen des Riesensandes nach Moskau abgereist, um dort der Landung des Luftschiffes beizuwohnen. Die sowjetrussischen Arbeiter werden dieser technischen Wunderleistung des menschlichen Geistes die gebührende Achtung nicht verjagen, doch werden sie bei der Begrüßung keinen Augenblick vergessen, daß dieses Luftschiff aus einem kapitalistischen Lande zwar heute nur eine diplomatische Höflichkeit gegenüber dem ersten Arbeiter-Vaterlande der Welt zu erfüllen hat. Andererseits aber recht bald von der deutschen Bourgeoisie geschickt werden kann, um zu verjahren Tod und Verderben in der Hauptstadt der Sowjetunion zu verbreiten.

Das rote ABC

V

Die Verfassung schützt den Vermögensbestand Der großen Verbrecher im Vaterland. Der Villenbesitzer und Volksausbeuter. Der Vatikan macht sich breit und breiter. Auch der „Vorwärts“ trägt zur Verdummung bei Als gehorsamer Vogt der Volkspartei. Ihr laßt Euch Verbot und Verhöhnung gefallen? Verjagt die Verderber und ihre Vasallen! Kreuzt die Viere an unter all den Listen!

Wählt Kommunisten!

Wer diese Broschüre gelesen, wählt bestimmt Liste 4!

Sowjetdeutschland sprengt die Ketten des Youngplans.



10 Pf

Diese Broschüre enthält unter anderem auch die Programm-erklärung des ZK. der KPD. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Die Programm-erklärung wird von Millionen diskutiert. Werbt neue Mitkämpfer! Verbreitet diese Broschüre in Massen! 32 Seiten, Preis 10 Pfennig. Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25.

Mörder Lynch holt sich ein neues Opfer

Wieder ein amerikanischer Neger getötet

London, 9. September. Fanatisierte amerikanische Speiler erzwangen sich, nach einer Meldung aus New York, in Darien, im Staate Georgia, Eintritt in das Ortsgefängnis, holten den dort inhaftierten Neger Grant mit Schere und Säge heraus und lynchten ihn draußen vor der Stadt.

Schwere Autokatastrophe in Marokko

Vier Todesopfer — Sechs Schwerverletzte

Paris, 9. September. Auf dem Wege nach Bukhara, in der Nähe von Casablanca ereignete sich am Montag ein schweres Autounglück, dem 8 Personen zum Opfer fielen. Ein mit 15 Personen besetzter Kraftwagen fuhr infolge Steuerbruchs in laufender Fahrt gegen einen Baum und ging dabei vollkommen in Trümmer. Der Führer war auf der Stelle tot, während neun Insassen mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus überführt wurden. Drei von ihnen starben kurz nach ihrer Entlieferung ins Krankenhaus.

Furchtbare Familientragödie in Gleiwitz

In der Nacht zum Sonntag erwürgte der Kesselwärter August Grzjwol, dessen Ehefrau vor vierzehn Tagen gestorben war, seine beiden Töchter im Alter von 8 und 9 Jahren und erhängte sich dann selbst. In einem hinterlassenen Brief gibt Grzjwol an, daß er den Verlust seiner Frau nicht verschmerzen könne und deshalb gemeinsam mit seinen Kindern aus dem Leben scheide.

Auf Insel Luzon grassiert die Pest

Nach einer Meldung aus Manila ist auf der Insel Luzon die Pest ausgebrochen, die bisher Hunderte von Opfern forderte.

Die „Seitung für Hausbesitzer“ fordert:

Knüppel und Rute statt Erwerbslosenunterstützung

Die Arbeitslosen „Leben wie im Schlaraffenlande“ — „Kommunisten gehören nicht in den Reichstag“ — „Das Volk muß mit der Rute gezüchtigt werden“

In Breslau besteht ein „Schutzverband für Haus- und Grundbesitzer“. Dieser „Schutzverband“ gibt eine Vereinnahmung heraus. In der Nummer 16 dieser Zeitung finden wir unter anderem einen Artikel, der zu dem Erwerbslosenproblem und zu dem Reichstagswahlen Stellung nimmt. Wir zitieren:

„Kein Wunder, daß die Zahl der Arbeitslosen immer weiter steigt, wenn man Unterstützung ohne Arbeit erhält, dann arbeitet schließlich kein Mensch mehr. Wir können doch nur zu gut das schöne Sprichlein: „Wer Arbeit kennt und sich nicht brüht, der ist verflucht.“ So denken heute Millionen und leben von den Almosen des Staates, der dabei zugrunde geht... Nach dem heutigen System lehnt der größte Teil der Arbeitslosen es einfach ab, zu arbeiten, saulenzug ist doch gar zu schön, wenn man

noch dafür bezahlt bekommt. Sie leben wie im Schlaraffenlande und die Wirtschaft geht dabei zugrunde. Der Knüppel muß beim Hunde liegen, sonst arbeitet kein Mensch... Unser heutiges Wahlrecht zwingt uns in Grund und Boden. Man sehe sich doch mal die Kommunisten an, die gehören samt und sonders nicht in den Reichstag. Maulhelden werden heute in den Reichstag gewählt und treiben dort ihre Kravatten... Die Masse des Volkes ist noch immer die Unvernunft gewesen, und das wird auch so bleiben. Der Vater tut auch den Willen des vernünftigen Kindes, und wenn es einmal gar zu unangehörig ist, dann bekommt es zu seinem eigenen Nutzen mal die Rute. Und das tut dem heutigen unvernünftigen „Jouvränen!!!“ Volle auch mal reichlich nötig...“

Jeder Satz ist nicht nur eine bodenlose Unverschämtheit, sondern auch der Ruf nach einer offenen faschistischen Diktatur. Die Macher der Hausbesitzerzeitung wissen genau, daß die Erwerbslosen lieber heute als morgen Arbeit annehmen würden, (sich deshalb, weil mit der Hungerunterstützung einfach nicht auszukommen ist. Trotzdem unterziehen sie sich, zu behaupten, die Erwerbslosen leben „wie im Schlaraffenlande“.

Aus der Hausbesitzerzeitung spricht noch stärkere sozial und politische Reaktion, die Morgenluft wittert. Erwerbslose, Arbeiter! Am 14. September stimmt Mann für Mann für Liste 4, damit auch die Hausagrarier erkennen, daß das deutsche Proletariat gemißt ist, das Elavensloch der eigenen und ausländischen Ausbeuter abzuschnitten!

Heute: Abrechnung mit den Faschisten!

20 Uhr im „Schießwerder“

Referent: Landtagsabgeordneter Wollweber. Freie Aussprache.

Die Stadtteile marschieren geschlossen um 19,30 Uhr von folgenden Sammelplätzen ab: Ost vom Brockauer Platz, West vom Striegauer Platz, Nordost von Hirsch-, Ecke Böckstraße, Zentrum v. Neumarkt, Nord v. Weisenburgerplatz, Süd von Friedrich-, Ecke Gräbschener Straße

Die Breslauer Baupolizei hat angedroht, alle Transparente, Schilder, Plakate, die ohne ihre vorherige Genehmigung an den Häuserfronten angebracht werden, zu entfernen und den Anbringer zu bestrafen. — Diese Drohung ist ungesetzlich und ein Zeichen der Willkür, mit der die Behörden gegen die vorstürmende kommunistische Partei vorgehen. — Genossen, Wahlhelfer — nun erst recht! Sehen wir uns zum Ziele: Kein Arbeiterhaus ohne Transparent!

Keiner stehe nach!

Gestern nachmittag erschien bei uns in der Redaktion ein Erwerbsloser, der wdhentlich nur 12 Mark Unterstützung erhält, und überreichte uns eine Mark für den Wahlsonntag. Diese Mark hat er im buchstäblichen Sinne des Wortes vom Essen gespart. Weniger essen — um der Partei des revolutionären Proletariats zu helfen! Kann auch nur eine der bürgerlichen Parteien diesen Opfermut in den Reihen ihrer Anhänger aufweisen? Nein! Bemerkte sei noch, daß der Erwerbslose parteilos ist. Um so höher ist sein Opfermut zu bewerten.

Prolet, ob im Betrieb, ob erwerbslos — willst du dich nicht dem Kollegen beschämen lassen? Nein, auch du mußt nach streiten für den Wahlsonntag betriebl. Partei geben!

Liste 4 wird gewählt!

Am Sonntagabend unternahmen Kollegen der Straßenbahn-Bezirke V einen Ausflug nach dem Rummelsberg bei Strehlen. Auf dem Nachhausewege machten sie vor einem Lokal in Alt-Schlesien, Kreis Strehlen, halt. Beim Betreten des Lokals merkten sie, daß da eine öffentliche Wahlversammlung der SPD stattfand. Nach den allgemeinen Wahlausführungen des SPD-Gemeindevorstandes mit der Aufforderung, nur die Liste 1 zu wählen, meldete sich der Arbeiter Bruno Krüger aus Breslau zum Wort. Er zählte alle die Schandtaten der SPD auf, die während ihrer 11monatigen Regierungstätigkeit begangen wurden, kennzeichnete die Taten der bürgerlichen Parteien sowie der Nazis und forderte zum Schluß auf, nur Liste 4 zu wählen und sich einzureihen in die rote Klassenfront. Großen Beifall spendeten die anwesenden SPD-Arbeiter diesen Ausführungen und erklärten: Für sie komme nur die Liste 4 in Frage!

Auch die Sportorganisationen sollen herhalten

Vorgestern fand im „Pflanzbräu“ eine Schiedsrichtersitzung statt, in der der Sozialdemokrat Grzmehle ein Wahlfreiset hielt. Nachträglich wurde ein sozialdemokratisches Flugblatt verbreitet, in dem die unverschämte und blöde Behauptung aufgestellt wird, daß die Wahl der Liste 4 zur Stärkung der Reaktion beitragen würde. — Arbeiterreporter, laßt eure Organisation nicht für Wahlsünde der SPD mißbrauchen. Ihr selbst rot — und eure Stimme gehört der einzigen wahren Arbeiterpartei, den Kommunisten: Liste 4!

Was ein Häkchen werden will...

A. R. Bohnt da auf der Ursulinerstraße eine treudeutsche Familie. Militärkommando, Sende und Riemen — das sind die Mittel, mit denen die Eltern ihre kleinen Kinder zu ebenfalls treudeutschen Bürgern erziehen wollen. Schon am frühesten Morgen geht es los: vor dem Weggang des Vaters in den Dienst, vor dem Antritt des Schulweges, nach der Rückkehr aus der Schule. Doch auch bis spät in die Nacht wird den Kindern treudeutscher Geist eingebläut. Es werden Militärmärsche gespielt und die Kinder müssen Parademarsch kloppen. Wehe, wenn es nicht klappert, wie es der Vater für notwendig hält. — Es ist der deutsch-nationale Geist der Liste 2, der sich dort ausstößt, die Kinder zu geistigen Krüppeln macht und die Nachbarn belästigt. Mütter, Väter, diesem reaktionären Geist gilt es den schärfsten Kampf anzulegen. Wählt Liste 4, Kommunisten, die Liste des Fortschritts!

Stadtteil Süd. Antreten Donnerstag, 18,30 Uhr, zur Wahlversammlung nach Opperau.
Western. Wahlversammlung der SPD. auf der Dorfane am Donnerstag, um 20 Uhr.
Jugend. Heute, Mittwoch, 19 Uhr, Neumarkt. Jeder muß erscheinen!

Gemeindearbeiter, organisiert den Lohnkampf!

Wählt in jedem Betrieb einen vorbereitenden Kampfausschuß!

Der Tarifvertrag ist gekündigt! Aber nichts ist zu merken von der Vorbereitung eines Kampfes durch den Gesamtverband. Ja, die reformistischen Gewerkschaftsführer haben dem Magistrat nicht einmal die Forderungen unterbreitet. Das scheint angesichts der Reichstagswahl erklärlich. Hat doch der Breslauer Magistrat schon angekündigt, daß an Erhöhung nicht zu denken ist. Die Gewerkschaftsführer schweigen vor den Wahlen aus Angst vor der Radikalisierung der städtischen Arbeiter. Aber nach den Wahlen werden sie ihr wahres Gesicht zeigen. Gehen doch jetzt schon der „linke“ Schramm, der „rechte“ Wiant, der christlich-nationale Buchner und der schwarze Rabus in Arm gegen die Breslauer Gemeindearbeiter vor. In einer Funktionärerversammlung der Christen, welche vorige Woche stattfand, erklärte Buchner: Es ist Wahnsinn, jetzt den Tarifvertrag zu kündigen! In demselben Sinne sprach

Wiant. Schramm hat seine Lohnabbau-Aktion bis nach den Wahlen zurückgestellt. Rabus ist der Raubzug an den Kranken noch zu wenig. Aber Buchner ist noch frecher! Er behauptet, der Jude wäre gefallen, wir hätten keine Teuerung, also darum sei keine Tarifkündigung notwendig. Nun, die erregte Aussprache in der christlichen Funktionärsitzung hat gezeigt, daß auch die christlich organisierten Arbeiter rebellieren.

Gemeindearbeiter! Unsere gemeinsamen Interessen erfordern einen gemeinsamen Kampf. Rüstet zum entschlossenen Kampf über die Köpfe eurer reformistischen und christlichen Führer hinweg. Wählt euch selbst Kampfkommitees. Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Schluß mit den Parteien des Arbeiterverrats, alle Stimmen am 14. September der Liste 4, der kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei!

Baugewerksbund im Dienste der SPD.

Anhaltende Cliquenkämpfe — Kollegen, mistet aus! — Organisiert Lohnkämpfe und bekennet euch zur Liste 4!

Heute abend findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Bauhilfsarbeiter statt. Unter anderem soll der Bericht von dem Bezirksrat gegeben werden. Da anzunehmen ist, daß Meise den Kollegen etwas vorfunkeln wird, geben wir nachstehend einen kurzen Informationsbericht: Die Opposition war auch beim Bezirksrat sehr schwach vertreten, da die gewählten Delegierten (Reißeritz) von Köstler und Schmidt nicht bestätigt wurden. Sofort nach der Eröffnung sprach der Vertreter des Bundesvorstandes, Bernhardt, dreieinhalb Stunden. Er wies auf die „Kapitalnot“ in Deutschland hin und meinte, an der Krise seien „die Arbeiter selbst schuld“, da sie nicht alle SPD gewählt haben. Bei der Besprechung der Anträge zum bevorstehenden Bundestag bezeichnete Bernhardt den Antrag auf Abschaffung der Alltagsarbeit als „Mosaik“ Arbeit und erklärte sie als unmöglich. Ebenso scharf trat Bernhardt gegen den Antrag auf, von den erwerbslosen Mitgliedern keine Beiträge zu erheben. Als Begründung mußte die angeblich schlechte Lage der Verbandskasse herhalten. Als aber der Antrag gestellt wurde, die Angestelltengehälter abzubauen und insbesondere dem aus dem Dienst scheidenden Bezirksleiter Köstler nicht bis Ende des Jahres das Gehalt nachzuwerfen, da gab es wieder genügend Geld. Bei der Wahl des neuen Bezirksleiters schlug Köstler seinen Schmidt vor. Der Bundesvorstand hüllte sich in eisiges Schweigen. Da sprangen der Maurer John und der Poller Sowa auf und meinten, man solle doch den „Bewährten Fachmann“ Meise zum Bezirksleiter wählen. In der geheimen Abstimmung erhielt Schmidt 108 und Meise ganze 20 Stimmen. Während erklärte Meise, daß damit Schmidt zu seinem Vorgesetzten geworden sei und er schon jetzt „Differenzen aus fraglichen Gründen“ mit dem neuen Bezirksleiter voraussetzen müsse.

So war der ganze Bezirksrat nichts anderes, als der Versuch, den Baugewerksbund vor den Karren der Sozialdemokratie zu spannen und die Austragung von persönlichen Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbürokraten. Daß bei solcher Art „Arbeit“ es natürlich unmöglich ist, Kämpfe der Bauarbeiter für Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu organisieren, ist eine Selbstverständlichkeit. Aufgabe der Bauarbeiter muß es sein, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit diesen Zuständen aufzuräumen und trotz

aller Sabotage der Gewerkschaftsbürokraten den Kampf für Lohn- und Gehaltssteigerung auf den Baustellen zu organisieren.

Mittelschlesien

Der getretene Hund bellt

Der sozialdemokratische „Volkfreund“ veröffentlicht eine wütende Polemik gegen die Kommunisten und droht, ihnen das Grobmaul zu stopfen. Die Polemik des „Volkfreundes“ ist deshalb so gefällig, weil er die Tatsachen selbst nicht aus der Welt schaffen kann. Tatsache 1: Der Sozialdemokrat Spichale hat sich schon mehrere Male um eine Anstellung auf dem Arbeitsamt beworben. Tatsache 2: Der Sozialdemokrat Thiel ist stellvertretender Arbeitsamtsdirektor und hat auch sein Gehalt danach. Tatsache 3: Die sozialdemokratischen Funktionäre haben gute Posten: Markod ist Landarbeitersekretär, Dabros Vollziehungsbeamter der Landbaukasse, Spichale erster Richter bei Jonkke, Hein und Bachmann Maurerpolier. Spichale hat eine Wohnung, bestehend aus zwei Stuben und Wohnküche. Trophem will er einen in seinem Hause wohnenden Arbeiter raushaben, weil er angeblich von seinen zwei Stuben die eine als Schreibstube und die andere als Schlafstube für seine elfjährige Tochter braucht, also keinen Schlafraum für sich und seine Frau hat. Der „Volkfreund“ kann schreiben, was er will; die Tatsachen, daß die Sozialdemokratische Partei keine Arbeiterpartei ist, wird er nicht aus der Welt schaffen können. Alle Arbeiter wählen am 14. September Liste 4, kommunistische Partei!

Brieg. Anfrage an das Wohnungsamt. Daß die Wohnungsnot ein großes Uebel ist, weiß ein jeder. Aber daß man in Brieg feststellen muß, daß Wohnungen noch leer stehen, ist ein Skandal. Es handelt sich um zwei Wohnungen Lognerstraße 18. Hausbesitzer ist ein gewisser Rother. Eine Wohnung besteht aus zwei Stuben und Küche, die andere aus einer Stube. Es wäre Aufgabe des Wohnungsregimentes, die Angelegenheit mal prüfen zu wollen. Wir erwarten Antwort.

Alle roten Wahlhelfer vom Stadtteil Nord, Oswig, Rosenthal, Hundsfeld und Kawaiken erscheinen am Donnerstag in der „Stadt Remslau“, Matthiasstraße.

NSD. Oberster und Scheinlig. Herababend hält Mittwoch aus Freie Gemeindefreunde. Donnerstag, 20 Uhr, Gewerkschaft, Gartenstraße, Gemeindefreunde. „Unsere wahren Aufgaben und Ziele Die Arbeit im Winter.“

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schallert, Redakteur für den Provinzial (außer Oberschlesien) Ernst Wollweber, Redakteur für Oberschlesien Fritz Jendrasch, Hildesheim. Für Inserate: Karl Gaudert, Breslau.

Erwerbslosenkundgebung heute 17 Uhr Neumarkt

Arbeitslose, demonstrieren für eure Forderungen! Erscheint restlos!

Waldenburger Bergland

Achtung, Wahlberammlungen!

Mittwoch, den 10. September:

Mittwoch, 19 Uhr „Weißes Roß“. Referent Abgeordneter Paul Hoffmann-Berlin.
Weißlein, Ortsteil Hartau. Lokal „Schöne Aussicht“. Referent Alfred Klein. 19,30 Uhr.
Schindorf. 19 Uhr „Verichtskreislauf“ bei Jung. Ref. Karl Becker.

Donnerstag, den 11. September:

Weißlein, Ortsteil Konradstal. 19,30 Uhr im „Goldenen Frieden“. Referent Karl Honisch.
Ober-Wäglerdorf. 20 Uhr „Rumpelstilch“. Genosse Jul. Müller.
Gottelberg. 19 Uhr im „Roß“. Referent R. Schulz.

Freitag, den 12. September:

Weißlein, Ortsteil Neu-Salzbrenn. 19,30 Uhr. „Finsterbrunn“. Referent Julius Müller.
Wäglerdorf. 20 Uhr. „Sonne“. Referent Alfred Klein-Weißlein.
Wärrgrund. 19 Uhr bei Jakob. Referent Becker.
Friedland. 20 Uhr. „Weißes Roß“. Referent Karl Honisch.
Sophten. 19 Uhr bei Ritsche. Referent Fritz Franz.
Gautdorf. 20 Uhr. „Zur guten Laune“. Josef Sellig.
Fetthammer. 19 Uhr. „Mayrau-Schacht“. Referent Richard Schulz.

Das Zentralschul- und Aktionslokal des Unterbezirks Waldenburg befindet sich ab Sonnabend, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, bis Sonntag, den 14. September, nachts 24 Uhr, im Lokal „Edelstein“ in Waldenburg. Telephonnummer Waldenburg 628. U.S. Waldenburg.

Achtung, Ortsgruppen im Unterbezirk Waldenburg!

Neues Flugblatt- und Propagandamaterial ist eingegangen. Die Ausgabe erfolgt am Donnerstag, dem 11. September, von 8 Uhr bis einschließlich 18 Uhr in der Wohnung des Genossen Schulz-Dittersbach. Die Ortsgruppen haben bestimmt Kurier zur Abholung des Materials zu entsenden. Ortsgruppen, welche keine Kurier entsenden, erhalten kein Material. U.S. Waldenburg der SPD.

Streiflichter auf Städtstoff II.

Der Sozialismus marschiert — Sechsstundenschicht bei der Hofkolonne — Stundenlohn 66 Pfennige — Auch eine Errungenschaft der Nazibetriebsräte.

Der größte Lump im ganzen Land... trifft diesmal auf das Nazi-Betriebsratsmitglied Kuz zu. Kuz traf in der Sufathalle einen Arbeiter schlafend an. Statt den ermüdeten Proleten zu wecken, ließ dieser „Held“ zu Dr. Linke und meldete den Arbeiter. Seiner Betriebsrat! Arbeiter, es ist Zeit, auszumisten.

Eine andere Leuchte des Wertes ist Werkstattaufseher Freudenberg, Mitglied des Prähelms, ein Feind sozialer Einrichtungen. Den ganzen Tag sinn er nach, wie er klassenbewußte Arbeiter des Werks unschädlich machen kann. Er stößt sie in die sogenannte Strafkolonne und nimmt minderqualifizierte in die Werkstatt. Fast täglich reißt er sein Maul auf bis hinter die Ohren, so daß er schon manche strafliche Bauschleife vom Direktor Wichter erhielt. Er hängt auch noch am seidenen Faden. Betriebsführer Rötter wird nicht weiter halten. Ein ihm würdiger Sproß ist Freudenberg jun., erst schon — mit 21 Jahren — durch Praktikum seines Erzeugers Werkstattaufseher. Seine Arbeit besteht darin, erfahrene, ältere Handwerker in der Arbeit dumm zu machen, im Werkstattbüro zu rauchen und zu schlafen. Wie uns scheint, hat man einen Klassenkampf nur dadurch übriggemacht, um diesem Fälscher den Platz frei zu machen. Hier heißt es auch: Ausmisten! Die Arbeiter verlangen es.

Und ihr, Proleten, ausmisten mit dem ganzen Pack am 14. September. Eure Stimme der Liste 4!

Hie Prolet, hie Direktor!

Am 3. dieses Monats wurde hier der Edeka-Direktor beerdigt. Bei der Beerdigung waren die Schönen, der Stahlhelm und endlich auch die Nazis vertreten. Uns wütet zwar der ganze Klimbim nicht, nur soll den Arbeitern der Unterschied gezeigt werden! Vor Kurzem wurde nämlich ein Proletarier, welcher den Nazis angehörte, beerdigt. Da gingen ganze drei Mann von den Nazis mit, und bei obengenanntem Direktor waren es dreißig Nazi in weißen Hemden, welche ihrem „Genossen“ Direktor das Geleit gaben. Nicht Klassenkampf ist die Parole, sondern Massenkampf! Darum sagen wir jedem Arbeiter: „Dir geht's wie mir, und mir so wie dir; darum wählen wir Liste 4.“

Unternehmer verhöhnt Arbeiter

Der bürgerliche Stadtverordnete und Baumeister Zerbe, über den wir des öfteren berichtet haben, ist als Ausbeuter bei der Arbeiterschaft zur Genüge bekannt. Einem Maner, welchem er die Kappliere in die Hand drückte, verhöhnte er dadurch, daß er ihm noch eine Zigarre anbot, wobei er ihm vorher schon erklärt hatte, der Polter-Megner und auch er selbst hätten ihn bei der Arbeit beobachtet und gesehen, daß er zuwenig leistet. Ebenfalls interoffiert sich Herr Zerbe für den Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“. Ja, Herr Zerbe, wenn Sie auch Ihren Betrieb kommunistenrein halten, trotzdem werden wir genügend Material bekommen, um einem Zerbe das zu sagen, was die Arbeiter interoffiert. Angeblich sind die Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ geschäftsschädigend, und Ihre Maßnahmen, Herr Zerbe, sind arbeiter-schädigend. Arbeiter, helft der SPD im Kampf, daß die proletarische Abrechnung für solche Elemente recht bald einsetzt.

Schmawasser. Für eine arme Witwe ist kein Geld vorhanden. Die letzte Gemeindevorsteherin bot wieder einmal Gelegenheit, den wahren Charakter der bürgerlichen Parteien und auch der SPD. kennenzulernen. Eine arme Witwe, die ein monatliches Einkommen von ganzen 34 Mark hat, hatte beantragt, die Kosten für ein Paar orthopädische Schuhe zu übernehmen. Obwohl unser Genosse sehr warm für die Frau eintrat, bewilligten bürgerliche und SPD-Vertreter nur den Betrag für ein Paar gewöhnliche Schuhe, den Rest muß die arme Frau selber bezahlen. Ähnlich erging es einem ausgesetzten Erwerbslosen, ihm wurden auf Vorschlag eines SPD-Vertreters ganze 7 Mark Wohnungsunterstützung bewilligt.

Dann wurde über eine Erhöhung der Biersteuer auf Grund der bekannten Notverordnungen beraten, die auch beschlossen wurde, nachdem unser Genosse scharf dagegen Stellung genommen und dabei auch die allgemeine Politik der Brüning-Regierung entsprechend angeprangert hatte.

Sulcht kam noch einmal die Verabschiedung des Stats zur Verhandlung, obwohl er längst erledigt ist. Auf Antrag der Kommunisten waren mit den Stimmen der SPD. die Steuerzuschläge geändert worden. Nun sollten sie wieder umgekehrt werden. Zu diesem Zwecke hatten die Fabrikanten ein Schreiben an den Bürgermeister gerichtet, in welchem sie zur „Erleichterung“ (das heißt auf Deutsch: „Steigerung des Profits“) eine Änderung der Steuerzuschläge für sich verlangten. Der Amtsvorsteher drohte mit dem Zwangssetz, wenn dem Wunsch der Kapitalisten nicht entsprochen würde. Nach dem bekannten sogenannten „goldenen Mittelweg“ wurde eine Änderung beschlossen gegen die Stimmen unserer Partei.

Zobten

Kriegsopfer wählen SPD!

Am 7. d. M. fand in Ströbel eine Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Kriegsopfer statt im Gasthaus Gerichtskreuzhof. Es wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß der

Bundesvorsitzende, Genosse Graf-Berlin, die Interessen der Kriegs- und Arbeitsopfer voll und ganz vertritt und daß deshalb für die Kriegsopfer am 14. September nur die Liste 4 in Frage kommt. Dieser Beschluß ist bemerkenswert vor allen Dingen deshalb, weil die Ortsgruppe sich zu 70 Prozent aus SPD-Mitgliedern und Parteigenossen zusammensetzt.

Internationaler Bund. Die Geschäftsstunden des Bundes finden jeden Freitag in der Zeit von 14—18 Uhr im Büro des Rechtsberaters in Zobten, Stadttell Forst, im Hause Diebig statt.

Landeshut

Genosse Dombrowski kommt Freitag nach Landeshut

Arbeiter, Arbeiterinnen! Heraus zum Empfang des wegen Hochverrats zur Festung verurteilten Genossen Dombrowski am Freitag, dem 12. September, 19,30 Uhr auf dem Hauptbahnhof! Von da Demonstration zur öffentlichen Wählerversammlung im „Kaisersaal“, wo unser Reichstagskandidat über „Faschismus, Hunger, Krieg — oder freies sozialistisches Deutschland“ spricht. Arbeiter aus den Betrieben, aus den Steinpflastern, vom Bau, erscheint in Massen!

Futterkrippen-Ruhhandel in Landeshut

Der Ruhhandel um die Befegung der ersten Bürgermeisterstelle beginnt. Noch sind die eingegangenen 44 Bewerbungen um diese einträgliche Stelle nicht geschickt, so wird schon bei Wein und Bier darüber geredet, wer der Glückliche sein soll. Und das muß man den Sozialdemokraten lassen, sie verstehen ihr Geschäft, um Positionen im Staate und in den Gemeinden zu „kämpfen“. Kein Mittel ist zu schlecht, kein Weg wird verachtet, wenn es zum Ziele führt. Diesmal ist es kein Beringer als Fechner, welcher mit Hilfe der Nazis als Ober in Landeshut fungieren will. Die Einheitsfront der National- und Sozialfaschisten ist also wieder hergestellt. Einem Fechner, der als Sozialdemokrat in seinem Amt als Dezernent des Wohlfahrtsamtes sehr wenig soziales Verständnis für die Not der Ausgesetzten, Sozial- und Kleinrentner zeigt, kann die Arbeiterschaft kein Vertrauen entgegenbringen, das wollen wir schon heute zum Ausdruck bringen.

Sozialdemokrat und Hausbesitzer in einer Front!

Inwieweit Sozialdemokraten Mieterinteressen wahrnehmen, zeigt uns folgender Fall: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schödlker konnte, da er jetzt ein halbes Jahr Abgeordneter ist, nicht mehr an der stinkigen Laibschuch wohnen, wo er 18 Jahre als Arbeiter gewohnt hat, er mußte seinem Stande gemäß eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche, Bad und Entree bekommen. An sich wäre das gewiß nicht schlimm, aber man durfte doch erwarten, daß die Wohnung Schödlkers gerecht verteilt werden wird. Aber es kam anders. Die Waldenburger Wohnungs-Kommission, an ihrer Spitze der SPDist Schödlker, teilte die Wohnung dem mehrfachen Hausbesitzer Kunisch zu, damit derselbe in seinem Hause eine Wohnung frei bekam für seine Tochter, die bennächst heiraten wird. Hausbesitzer-Köchter brauchen sowieso nicht so lange auf Wohnung warten wie gewöhnliche Sterbliche, deshalb wurde die Sache so geschoben. Nun, ihr vielen Wohnungsuchenden, ihr Töchter, wieder einmal sehen, wohin die SPD. feuert. Deshalb gebt diesen Betrütern an der Arbeiterklasse am 14. September die richtige Antwort. Den Herrn Wohnungs-Dezernenten aber fragen wir: Ist die Wohnung gerecht verteilt worden oder nicht? Vielleicht geben Sie den vielen Wohnungsuchenden in Ihrer „Bergwacht“ Aufschluß.

Werbt überall für KPD., Liste 4

Liegnitz

Dem Genossen Hambner zum letzten Gang

Der Genosse Willy Hambner, eines unserer ältesten Mitglieder, verstarb im blühenden Alter an den Folgen seiner Verletzung im Kriege. Der Genosse hat trotz seiner Krankheit seine Parteiarbeit bis zum Tode getan. Die Ortsgruppe Liegnitz tritt am Freitag am 14,30 Uhr auf dem Haag zur Einäscherung an. Alle Genossen und alle Sympathisierenden beteiligen sich.

Am 9. September starb plötzlich unser langjähriger Genosse Willy Hambner an den Folgen seiner Kriegsverletzung. Die Ortsgruppe verliert in ihm einen treuen Mitkämpfer.

SPD., Ortsgruppe Liegnitz.

Internationaler Bund, Ortsgruppe Liegnitz

Einäscherung: Freitag um 16 Uhr.

Kothenau

Vorstoß auf dem Lande

Die Ortszelle Birckfeld hatte am Mittwoch zu einer Wählerversammlung in Reifsch aufgerufen. Ungefähr 40 Wähler waren erschienen, um sich das Referat des Genossen Hartmann (Wunzlau) anzuhören. Er zeigte den Erwerbslosen in eindringlichen Worten, wie immer mehr Steuerlasten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Er forderte zum Kampf gegen dieses marstige System auf, das in jedem Falle verlangt, gestürzt zu werden. In der Diskussion meldeten sich Gegner, denen es aber auch nicht möglich war, einen Ausweg zu finden. Der Referent forderte auf, am 14. September Liste 4 zu wählen, wobei er auch die Zustimmung der Anwesenden fand.

Am Donnerstag fand die zweite Wählerversammlung in Groß Kothenau statt, zu welcher gegen 50 Wähler erschienen waren. Auch hier sprach Genosse Hartmann (Wunzlau). Es wurde in der Versammlung eine Neuaufnahme für die Partei gemacht. Die Arbeiterschaft auf dem Lande und der kleine Landwirt erkennen immer mehr hinter welche Fahne sie gehören.

Ein Arbeiterfeind!

Durch Neuberungen wurde uns bekannt, daß Herr Gasthofbesitzer Friedenberg in Birckfeld auf Arbeitergroßen verzichteten Landarbeiter von Kothenau und Umgebung, merkt euch diesen „feinen“ Herrn und meidet das Lokal, dessen Besitzer eure Großen nicht sehen will.

Ferner hat es dieser feine Herr auch fertiggebracht, eine achtköpfige Arbeiterfamilie auf die Straße setzen zu lassen, weil der Arbeiter ein Kommunist ist. Es hält jedoch kein Wohlfahrtsamt für nötig, dem Arbeiter eine zugewandte Wohnung zuzuwiesen. Er muß daher seine Sachen im Kothenauer Spritzenhaus einstellen, wo er doch „hoffentlich“ nicht Schaden leiden werden.

Wunzlau

Der Spitzenkandidat für Schlesien, Genosse Fritz Federl, SPD., spricht am Donnerstag, dem 11. September um 20 Uhr im Kollhaus-Saal. Sorgt für Massenbesuch!

Niederschlesien

Die Löbe, Mache, Buchwitz und Co. haben sich als Unterstützungsräuber betätigt

Reiz: Tatsachen sprechen! Am 25. April 1929, bei der Beratung des Haushaltsgesetzes, machte der sozialdemokratische Finanzminister Silberding folgende Ausführungen (wörtlich nach dem Sitzungsprotokoll):

„Daher glaube ich, wie schon in meiner Entrede heute vor-mittag betont, daß die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine dringende Notwendigkeit ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Reichsregierung steht im Begriff, den Entwurf zur Änderung eines Gesetzes auszuarbeiten, denn es handelt sich dabei um eine dringende und eilbedürftige Notwendigkeit.“

In aller Eile wurde dann auch im Ministerium des Sozialdemokraten und U.S.-Führers Wiffell die, wie es so schön heißt, „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet. In Wirklichkeit ist diese Reform der Beginn des radikalen Abbaus der Arbeitslosenversicherung. Schon am 3. Oktober 1929 lag das ganze „Reformwerk“ des Herrn Wiffell dem Reichstag zur endgültigen Abstimmung vor. In dem Gesetz vom 3. Oktober sind folgende Verschlechterungen enthalten:

1. Herausnahme der Hafenarbeiter aus der Versicherung.
2. Verlängerung der Wartezeit bei Reklagen auf drei Wochen.
3. Direkter Unterstützungsabbau durch die Verlängerung der Anwartschaft bei erstmaliger Arbeitslosigkeit von 26 auf 52 Wochen.
4. Unterstützungsabbau bei den Saisonarbeitern durch Senkung der Unterstützungsätze auf die Höhe der Krisenfürsorge.
5. Unterstützungsabbau bei auswärts Beschäftigten auf die Unterstützungsätze der Wohnorte.
6. Neuformulierung des Begriffs „Erwerbslos“, wodurch die Arbeitsämter willkürlich die Erwerbslosen aus der Versicherung hinauswerfen können.
7. Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützungsätze.
8. Neue Befreiung der Krankenrenten und damit Leistungsabbau für die Kranken.
9. Verlängerung der Sperrstrafen bis zu sechs Monaten.
10. Gefährliche Fehlegung für den Hinweis der Heimarbeiter und Schaffung des Begriffes „unkündig Beschäftigte“.

Diese unerhörten Verschlechterungen fanden am 3. Oktober 1929 zur Schlußabstimmung. Sämtliche sozialdemokratische Abgeordneten unseres Wahlkreises: Buchwitz, Feldmann, Girbig, Mache, Fran Kemig, Fran K. J. J. J., Seppel, Laubadel, Wendemuth, Rimmten, wie das Protokoll ausweist, für diese Verschlechterungen, und zwar gemeinsam mit den Parteien der Schwerindustrie.

Dhne Frage, wenn die Sozialdemokraten nicht den Fußtritt aus der Regierung erhalten hätten, würden sie auch die Abbaugesetze, die jetzt der Zentrumsmann Stegerwald mit Hilfe des Artikels 48 diktiert hat, selbst im Reichstag durchgepeitscht haben.

Görlitz

Wer ist Eigentümer folgender Herrenfahräder?

1. Marke Champignon, Torpedostreifen, schwarze Felgen mit grünen Streifen; 2. ohne Marke, schwarzer Rahmen, schwarze Schutzbleche, vorderes Licht, Torpedostreifen, schwarzer Sattel, nach oben gebogene Lenkstange, ohne Griffe, ohne Vorderbremse; 3. Marke entfern, schwarzer Rahmen und Schutzbleche, englische Lenkstange, Klingel „Mifa“, Mundstutzen, brauner Sattel und Satteltasche, graue Gummibereifung, schwarze Zellulosegriffe.

Haynau

Erfolgreiche Wahlversammlung in Steinsdorf

Am Sonnabend fand in Steinsdorf eine öffentliche Wahlversammlung statt, in welcher Genosse Zentrop-Haynau zu unserer Stellungnahme zum 14. September sprach. Die zahlreich erschienenen Landarbeiter stellten sich einmütig hinter die Ausführungen unseres Genossen. Ein reichlicher Hochföhrenumlauf sowie eine Zellerammlung wurden durchgeführt. Wir können nur feststellen, daß der Radikalierungsprozeß auch unter den Landarbeitern Schritt für Schritt vorwärtsschreitet. Auch die Landarbeiter kommen zu der Erkenntnis, daß nur der Kommunismus allein sie retten kann.

Sozialdemokratische Plakatabreißer

Das aktive Vorgehen der Kommunisten unter den Erwerbslosen ist den Sozialdemokraten schon lange ein Dorn im Auge. Der Sozial-faschist Karl, als Jürgelbel im Westentaschenformat, zeigte dieser Tage am Nachweis sein besonderes geistiges Können in Form von eigenhändigem Herunterreißen der von den Kommunisten dorthin angebrachten Wahlplakate. Als nun die Kommunisten am Sonnabend wieder ein paar dieser Plakate an den Bäumen vor dem Arbeitsnachweis angebracht hatten, wurden diese auf Anweisung dieser sozialfaschistischen Elemente von der Polizeigewalt entfernt. Auch diese Gemeinheiten werden nur dazu beitragen, daß der letzte Arbeiter entre Reußen verläßt. Die klassenbewußten Arbeiter werden am 14. September an eure Schandstaten denken und nur Liste 4 wählen.

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Union-Weinhaus
Besitzer: Willy Neumann
Weisse-Stühchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 200 03
1547

Albert Gutsche, Reusdistr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19/21 / 2. Mollkestr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstoffe!
1284

P. Pohlz Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen 1277

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky G. m. b. H.
Herrenstraße 31 1270

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
1710
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

Mütze und Hut
kaufen Sie gut bei
ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34
1708

„Alkazar“
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Büttner
1278

W. Kelling
reinigt / färbt / wäscht 1272

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerinstr.
Herrenstraße 24 / Tel. 507 65 1558
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate

„Zur gold. Maria“
HÜBNER'S Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche
1709

CARL PAUL, Schrotgasse 3/5
Getreide-Dampfbrennerei 1274
Spezialität „Friedens-Crow“

Georg Greulich, Breslau I, Hummerei 52
Abt. I, Nähmasch. Abt. II, Fahrräder Abt. III, Sprechapp. u. Platten
Reparaturwerkstatt Telefon 531 68
Weitgehendste Zahlungsvereinfachung!
2024

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNOLD ROSENTHAL
Neue Schneideritzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte
1941

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater gegenüber
1707

Denk an die Deinen
durch Abschluss einer Befähigungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Befähigungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdirekt. Breslau, Junkernstraße 12
Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Ober-Schlesien

RESERVIERT 1273

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. L. Vogel
Breslau, Reusdistr. 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr
1710

Kauf bei
Blasse!
Blasse ist billig!
1276

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 1713

A. M. Remak, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst
1940

GENOSSEN!
Deckt einen Bedarf in der Fleisch- und Wurst-
warenfabrik **ALFRED EIFLER**, Reusdistr. 17
1281

DIE Zigaretten für ALLE

Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden
1208

Bäckerei- und Feinkost-Haus
EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Taschnerstr. 17
im Hotel „Kronprinz“ Tel. 297 31
2019

FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BÄCKEREI u. KONDITOREI
1554

**MILCH, MOLKEREIPRODUKTE und
LEBENSMITTEL**
Marka Newroth, Breite Straße 42 1558

Bäckerei
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Ohlauer Straße 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art
1275

HOTEL „GELBER LOWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätten
Fremdenzimmer zu erm. Preisen
2023

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 234 29
Reserviert

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. — Tel.: 585 74
1719

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
2021

RESERVIERT 1397
MAX KÜMMEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
1390

Merkur-Dragerie
WILLY KLINERT
Leuthenstraße 12/14
1395

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
1280

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Gruebke
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankheitsarten
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße
1553

Kauf Blumen und Kränze
bei Frau **ELISABETH ROESSLER**
Alsenstraße 26 1388

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68
1391

Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 100 u. Katabachstr. 5
1392

Fleischerei und WURSTFABRIK
Agnes Berndt, Lange Gasse 58
1555

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zehnerstraße 3a
1748

ALFRED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 14, Ecke Leuthenstraße
1389

Fleischwaren — Räucherwaren
HUGO ULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99
1393

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a
1643

Fisch-Spezialgesch.
K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
1898

RESERVIERT!
Reserviert
BÄCKEREI u. KONDITOREI
G. ZOROWSKA
Westendstraße 65
1398

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 146
empfiehlt gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung
1770

**MOBEL
Lorenz**
Matthiasstr. 116
100 Musterzimmer
u. Einzelmöbel
Zahlungsvereinfachung
1707

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
1705

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißenburger Straße 34
1565

F. KÜHN, Kospothstraße Nr. 19
Fischwaren-Spezialgeschäft
1706

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig!
1701

Hans FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft
1715

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen
1567

GUSTAV PUTZKE, BRESLAU
Die billigste Einkaufsquelle in
f. Fleisch- und Wurstwaren
Kletschkastraße 15 u. Bänderplatz 12
1561

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätten
Saal für Vereinsfestlichkeiten
1587

Fisch Aberle
Matthiasstr. 59
1934

Dragerie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63
1708

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96
1544

FRITZ MÜLLER
MÜHLENNEDELRAGE
Spez.: Möbl, Vogelfutter, Sämereien
Matthiasstraße 85 1559

But-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
1586

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64
1580

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
1703

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89 1571

Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, Ottostraße 24
Telephon: 448 50
2017

SALOMONE
Treff • sämtlicher Werkstätten
Kosmostraße 26 1564

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL BERNDT
Weißenburger Straße 4
1563

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZ NACHFL.
Trebnitzer Straße 52 1562

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
2018

**Städ
Friedrich**
Breslau, Klosterstraße 26
Fernruf 29520

echte
Schlütterbrot
Vollkornbrot
ERMANN SCHOLZ, Bäckmeister
Gräbschener Str. 68
1935

Eduard Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik
1712

Konkurrenz billiger Einkauf
im Seifenhaus mit Warenhauspreisen
Gabitzstraße 4
Wiederverkäufer Sonderpreis! 1938

Molkerei
Scheloske & Sohn
Kl. Tschansch b. Breslau
1401

Erd-, Feuerbestattungen
Bestattungsveranstaltung
Niedrige Preise
1699

Korruption im Reiche Fried

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Weimar: In der Gothaer Stadtkammer sind jetzt eine Reihe schwerer Verfehlungen aufgedeckt worden, die bis in das Jahr 1920 zurückreichen. Eine Reihe von Beamten, die der nationalsozialistischen Fraktion des Gothaer Stadtrats angehören oder nahe stehen, haben im Laufe der Jahre aus der Stadtkasse eigenmächtig Vorschüsse auf ihre Gehaltsbezüge, ja sogar Vorschüsse auf etwa zu erwartende Gehaltsverhöhungen, entnommen, die nicht in das Rechnungsbuch für Gehälter eingetragen wurden, sondern erst am Jahresabschluss auf einen hinterlegten Sammelposten verbucht wurden.

Besonders schwer belastet scheint der nationalsozialistische Stadtobersekretär Hugo Schmidt, der als Stellvertreter des Kammerverwalters ziemlich unbeschränkte Vollmachten hatte. Der Verfehlungen Schmidts hätten indessen nicht einen solchen Umfang annehmen können, wenn ihm nicht mehrere nationalsozialistische Beamte, nämlich der Stadtkassier Meng und ein Angestellter Herz in die Hand gearbeitet hätten.

Die Beratungen wurden bei einer Revision aufgedeckt. Als die schuldigen Beamten sahen, daß ihre Verfehlungen ans Tages-

Mit einer beispiellosen Demagogie und unter persönlicher Leitung von Fried selbst, der im Mai dieses Jahres in Gotha den Stadtrat auflöste, hat diese Gesellschaft bei der Neuwahl einen ihrer berühmtesten „Siege“ errufen. Sie waren die stärkste Fraktion geworden. Die Verwaltung selbst war allerdings bereits von Nationalsozialisten durchsucht. Aber nachdem diese „Leutschen“ Reingericht zur stärksten Fraktion geworden waren, da konnte der berühmte „Gemeinnutz“ sich regelrecht ausbreiten. Gegen die Erwerbslosen setzte ein ungeheurer Terror ein. Mit beispielloser Rücksichtslosigkeit wurde gegen sie vorgegangen, die Unterstellungen wurden gekürzt, zum Teil ganz aufgehoben, und als sich die Erwerbslosen dagegen zur Wehr setzten, wurden sie von der Fried-Polizei brutal niedergelassen.

Aber es wäre falsch, sich jetzt etwa über diese korrupten Gesellen zu enträsten, die sich ja selbst bereits gerichtet haben, sondern es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Betrüger nur getan haben, was ihr Herr und Meister Fried ohne mit dem Wespennest in Konflikt zu geraten, ihnen vorschrieb. Die Art und Weise, wie dieser Nazi-Minister sich sein Gehalt festgesetzt, seine Pension gesichert hat, mußte die Anhänger von ihm in den unteren Beamtenstellen direkt dazu reizen, in ähnlicher Weise sich in „Gemeinnutz“ zu betätigen. Deshalb gilt es, den Maulwurfsbauern des Palastes zu zeigen, daß der in Gotha jetzt praktizierte „Gemeinnutz“ durchaus in einer Linie steht mit der Pensionsversicherung Fried's sowohl, als auch mit dem 1000-Mark-Honorar für Hitler. Nationalsozialismus bedeutet demnach nicht Reinigung und Befreiung von Korruption, sondern nur die Fortsetzung der Korruptionswirtschaft unter anderer Firma.

„Musteranstalten“ des humanen Strafvollzuges

Als Festungsgefangene sind wir auf Grund eines Prozesses vor dem Landgericht Gleiwitz in das Gleiwitzer Gefängnis eingeliefert worden. Sehr oft liest man in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse von den Musteranstalten und deren sanitären Einrichtungen. Dem Laien wird so eine Strafanstalt als ein Sanatorium nach den bürgerlichen Schwindelartikeln vorkommen. Aber weit gefehlt. Wie wir oben anführten, sind wir auch in so eine Musteranstalt in Gleiwitz eingeliefert worden. Zuerst empfingen uns

5337 angeklagte Arbeiter

in den ersten acht Monaten 1930!

Das ist die Bilanz des Severing'schen Republikanengesetzes. Die Hermann-Müller-Regierung ist gegangen, gelassen ist das Republikanengesetz. Der Hindenburg-Blut setzt die blutige Verfolgung des kämpfenden Proletariats in unverminderter Schärfe fort. Unsere eingekerkerten Klassenbrüder rufen: Stärkt die rote Pistole!

zwei ältere Wachtmeister, die nach unserer Ansicht schon längst hätten pensioniert sein müssen. Durch allerhand Gänge führten sie uns in die sogenannte Aufnahmezelle. Aber, o Schreck, ein dumpfger Geruch strömte uns entgegen. Zuerst eine halbstündige Arbeit an der Tischleitung, und erst bei Licht zeigten sich all die „sanitären“ Einrichtungen so einer Gefangenzelle: Halbverfaulte Matratze, jämmerlicher Staub auf den verfaulten Matratzen, und die angeblühete Bettwäsche mindestens ein halbes Jahr nicht gewaschen. Auch die Decken, bedeckt und unappetitlich anzufassen, geschweige sich mit diesen zu bedecken. Erst auf unseren Protest machte man uns eine Zelle zurecht, die einigermaßen Gesundheitskommissionen zu all diesen Vorwürfen? Was bekommt ein Gefangener für eine Rente, wenn er sich in so einer pestartigen Zelle eine ansteckende Krankheit zuzieht? Wir fordern Abschaffung dieser Zustände!

Franz Jarczyk,
Franz Schymele,
Gollnow in Pommern.

„Sozialismus ist das Ziel“

Wels in Breslau.

Unter dieser phrasenhaften Parole fand gestern Abend im Schießwerder eine Wahlkundgebung der SPD. statt, in der Herr Wels, der Parteivorstand der Sozialdemokratie, sprach. Herr Wels begann seine Rede damit, daß er erklärte, „daß am 14. September beschlossen werden sollte, ob die Gewalt vom Volke ausgehe oder nicht“. Ein ganz erbärmlicher Betrug dieses sozialfaschistischen Oberhunden, wenn man weiß, daß die Sozialdemokratie die Schrittmacherin der heutigen Artikel-48-Diktatur, der Diktatur des Steuer- und Lohnraubes, gewesen ist, wenn man weiß, daß Herr Braun in Preußen, die sozialfaschistischen Regierungs- und Polizeipräsidenten, die Diktaturverordnungen von Brüning gegen die arbeitenden Massen durchzuführen, sei es mit Gewehrfalben und dem Gummiknüppel. Herr Wels stellte sich hin und erklärte, daß die Demokratie, daß die „Demokratie“ durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften so stark sei, daß sie nicht erschüttert werden kann. Ein direkter Widerspruch in den Ausführungen Wels, der zuerst davon redet, daß am 14. September entschieden werden solle, ob die Gewalt vom Volke ausgeht, und hinterher davon spricht, daß die Demokratie so stark sei, daß sie nicht erschüttert werden kann. Herr Wels sprach auch davon, daß die Weimarer Verfassung das Recht bei Arbeitslosigkeit auf Unterstützung gebe, vergaß aber zu sagen, daß es kein Parteifremdenvisum war, der den Anfang machte mit dem Raub der Erwerbslosenunterstützung, der Zehntausenden von Proletariern, trotzdem sie die Erwerbslosenbeiträge zahlten, das Recht „im Namen der Weimarer Verfassung“ auf Unterstützung raubte.

Von der Not und dem sozialen Elend der werktätigen Massen hörte man kein Wort. Herr Wels hätte dann nur die Schandblatten seiner Partei aufzeigen müssen, deswegen ging er diesen Dingen wohlweislich aus dem Wege.

Den sozialdemokratischen Arbeitern sagen wir, daß der 14. September ein Tag der Massenmobilisierung der ausgebeuteten Masse gegen die Diktatur des Kapitals, gegen diese kapitalistische Republik und ihre „Demokratie“, gegen den Faschismus, gegen ein Young-Deutschland, für ein freies, sozialistisches Deutschland ist. Die Millionen der Werktätigen in Stadt und Land werden unter der Führung der kommunistischen Partei den schärfsten Kampf gegen die Hungerdiktatur führen müssen. Und dieses Kampfergebnis soll und muß am 14. September durch die kommunistische Stimmenabgabe zum Ausdruck kommen.

Strohleute, hört mal zu!

Im Bezirk Schlesien sollen während des Wahlkampfes 40 000 Broschüren und 20 000 rote Wähler umgesehen werden.

28 000 Broschüren sind bereits versandt, den Rest erhaltet ihr in den nächsten Tagen.

Wie ausgelegt müssen am 15. September die Eden sein, wo sonst die Literatur lagert.

Gute Wahlhilfe, nämlich die großzügige Organisation des Literaturvertriebes ist äußerst wichtig.

Der letzte Pfennig aus dem Literaturvertrieb muß bis spätestens 17. September an die Bezirks-Literaturstelle abgerechnet sein. Schickt aber sofort Kontozahlungen.

rote Wahlhelfer und Literaturobleute! Wir rechnen auf euch! Bis zum 14. September keine Müßigkeit vorführen! Ihr steht mit in erster Linie der roten Klassenfront, und die muß gestärkt werden.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.
Der Pol.-Leiter.

Nicht gekommen waren, verübte der Stadtobersekretär Hugo Schmidt in seiner Wohnung Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas, der Stadtkassier Meng, der ebenfalls rechtsradikalen Kreisen nahe stand, erschlug sich in einem Walde nahe dem Krahnberg. Der Angestellte Herz erlitt einen völligen Nervenzusammenbruch.

Dieser ungeheuerliche Korruptionsfall unmittelbar aus dem Reiche des Herrn Fried kommt gerade noch zur rechten Zeit, um den Maulwurfsbauern Hitlers noch vor dem 14. September die Mäste gründlich heranzureißen.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr

König Richard der Dritte
Geschichtliches Schauspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Bühnenbearbeitung von Paul Barnay
Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr
Zum 1. Male:
Hanneles Himmelfahrt
Traumbildung von Berthold Hauptmann

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr

Der unerbitliche Schulzmann
Grotteske von Georges Courteline. S. Geraut.
Die Liebe auf dem Lande
Komödie in 3 Akten aus dem heutigen Rußland von J. W. Wolfow
Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr
Zum 1. Male:
Sturm im Wasserglas
Komödie in 3 Akten

Stadtheater Breslau

(Obernhaus)
Spielplan vom 8. 9. bis 14. 9. 1930

Montag, 20.15 Uhr
Der lahme Krieg
Operette von Johann Strauß

Dienstag, 20.15 Uhr
Abonnementvorstellung E 1
Das Rheingold

Mittwoch, 20.15 Uhr
Abonnementvorstellung F 1
Meltemie Ostward
Oper von Prokofje

Donnerstag, 20.15 Uhr
Das Dorf ohne Glode
Singspiel von Eb. Rünneke

Freitag, 19 Uhr
Festvorstellung anlässlich Tagung der
Bühnenschauspieler-Gesellschaft für Luftfahrt
Lebensstra

Sonntag, 19.30 Uhr
Der Soldat

Sonntag, 15 Uhr
Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Das Dorf ohne Glode

Sonntag, 20.15 Uhr
Der lahme Krieg

Wenn ich nicht zu Hause war, War ich stets im **ALKAZAR**
8-4 Uhr
pauslos. Weltstadt. Varietés. Satrio. Revue. Tanz
30 Fischtelefone
Ebr. 1.10 M. (inkl. Steuer)

Suprate

haben in unserer Zeitung

besten Erfolg

Mehrere **Zeitungsverkäufer** werden gesucht, die gewillt sind, bei täglich 8 stündiger Beschäftigung unsere illustrierte Wahlzeitung zu verkaufen. Besonders erfolgreiche Verkäufer werden nach der Wahl weiter beschäftigt. Zuschriften sind zu richten an: **Artur Müller, Breslau 2** Schmarubensstr. 37 part. links.

Noch einmal

bekamen wir etwa 1000 ganz billige

Washkleider

herein. — In hübschen und kleidsamen Formen und aus guten Stoffen gefertigt, können Sie diese praktischen Kleider zu jeder Zeit u. zu jedem Zweck im Hause und auf der Straße tragen.

Jugendliche und Frauenkleider

aus Washmousseline, Zephir, Washkunstseide, Indanthren, in allen, auch bis zu den größten Weiten

in 6 Serien: **1.95**

Serie I II III IV V VI
95 145 195 295 375 475



Aehnlich wie Abbild. bis Größe 50



Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Metallbettstell. 25.-, 23.-, 19.- 875
15.50, 12.50
Bettfedern
Daunen
Fertige Betten, 1 Deckbett, Kissen u. Federn
70.-, 80.-, 40.-, 1675
35.-, 25.-
Polstermatratz.
Korbmöbel
Kinderwagen
Komplette Schlafzimmer

Größtes Haus der Branche Ostdeutschland
Bettenhaus BECKER
Breslau 1, Kupferschmiedestr. 4
Katalog gratis!

Schlafzimmer
neu, mit 3 teil. Spiegelschrank
335.- Mk.
Teilzahlung gestattet
Möbelspeicher, Brüderstr. 23

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
prompt und preiswert

PEUVAG

Papier- Erzeugungs- und Verwertungs- Aktien- Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50



OPIUM

für die Arbeiterschaft ist der bürgerliche Rundfunk und seine sämtlichen Rundfunkzeitschriften. Gegen dieses Gift der bürgerlichen Rundfunkpresse ist die beste Abwehr die werktätige Rundfunkzeitschrift des „Arbeiter-Sender“. Der proletarische Hörer erhält durch den Arbeiter-Sender eine aufklärende Besprechung aller Rundfunkveranstaltungen im revolutionär-kulturpolitischen Sinne. Hinaus mit den bürgerlichen Rundfunkzeitschriften aus den Wohnungen der Werktätigen. Bestellen Sie bei Ihrem Postamt noch heute den Arbeiter-Sender